

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Ercheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und Feiertage. Bezugspreis monatlich 0,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeile meterlang über deren Raum 12 Pfg., Verlags- u. Besammlungs- Anzeigen 8 Pfg. Kalligraphiepreis: Die 6 gespaltene Zeile meterlang über deren Raum im Text 70 Pfg. Postfach 1010, Breslau 544.

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verleger: Verlag der Arbeiter-Zeitung, Breslau, Postfach 1010. Druck: Druckerei der Arbeiter-Zeitung, Breslau, Postfach 1010. Abonnement: 12 Pfg. pro Woche, 40 Pfg. pro Monat, 1,20 Mk. pro Quartal, 4,00 Mk. pro Jahr. Ausland: 1,50 Mk. pro Quartal, 5,00 Mk. pro Jahr. Einzelnummer: 10 Pfg. (inland), 15 Pfg. (ausland). Anzeigen: 12 Pfg. pro Zeile pro Tag. (inland), 15 Pfg. (ausland). Kalligraphie: 8 Pfg. pro Zeile pro Tag. (inland), 10 Pfg. (ausland). Postamt: Breslau 544. Postfach 1010. Telephon: 1010. Telegramm: Arbeiter-Zeitung. Ausland: Arbeiter-Zeitung. Ausland: Arbeiter-Zeitung.

Die Arbeiterdelegation an die Gewerkschaften und Parteien

Ein „Subiläum“

Die Industriekolonie Deutschland beging gestern ein ganz besonderes „Subiläum“. Vor einem Jahre hat die deutsche Bourgeoisie, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten dem Dawes-Pakt ihren Segen gegeben. Am 1. September 1924 traten die Dawes-Befehle in Kraft.

Der Dawes-Pakt sollte dem deutschen Volke, und in diesem ganz besonders dem deutschen Proletariat, nach den Lehren der Hohepriester der weltimperialistischen Rührer, die Sozialdemokraten, das goldene Zeitalter bringen. Die Dawes-Sonne des „Vorwärts“ ist noch in aller Gedächtnis. Eine eigenartige politische Geographie, die die Sozialdemokraten entwickelten: Liehen sie doch die Sonne im Westen aufgeheln!

In der Morgenröte der Dawes-Sonne wurde der Silberblock geboren. Die Deutschnationalen mit ihrem faschistischen Anhang hielten die Zeit für gekommen, die patriotischen Belange in das Museum für Altertumskunde einzuliefern. Der Reichsbannerbruder in der schwarzen Kutte schloß seinen Frieden mit seinen historischen Verwandten den Junkern und den Industriekritern. Das politische Dawes-Geschäft erwies sich als ebenso nützlich und vorteilhaft als das wirtschaftliche.

Als der Dawes-Plan unter Dach und Fach gebracht wurde, jubelten die „Erfüllungspolitiker“, die „Republikaner“ mit den Monarchisten um die Wette. Der Dawes-Plan sollte den deutschen Arbeitern den Himmel auf Erden bringen. Und das Dawes-Gulachten gab sich alle Mühe, mit raffinierter Demagogie diesen Segen für die Arbeitenden plausibel zu machen. Wie hieß es so schön in diesem Gulachten: Daß in Deutschland die besitzenden Klassen überhaupt keine Steuern zahlen, während allein die Arbeiter die gesamten Lasten tragen müßten. Also nur aus „sozialer Wohltat“ wollten die Dawes-Gulachter ihren Segen spenden. Das waren die Köder des DAWES und der Sozialdemokraten. Und viele ehrliche, Klassenbewusste Arbeiter glaubten an diesen Schwindel. Millionen der schon oft Betrogenen und Geprüelten ließen sich abermals täuschen. Die lühen Köhnen der Sanierungsillusionen waren nach den fürchterlichen Tagen, nach den schredlichen Leiden der Inflationsperiode doch endlich wieder eine Auszeit, leben und atmen zu können. Die stabilisierte Mark brachte wieder „feste Verhältnisse“. Man brauchte nicht in ständiger Angst und Pein zu leben, ab man nach vollbrachter Arbeit für sein sauer verdientes Geld existieren konnte. Zweifellos: die Dollarsonne spendete „warmen Segen“, machte ihre Verheißungen wahr.

Nur die bösen Kommunisten, diese Reidsammel, die überhaupt an allem Elend und Not schuld sind, nur sie wollten nichts von der Dawesianierung wissen. Verleumdung, Hebe, Lüge, das war es, was sie auf das große Werk der noch größeren Wohlthaten zu antworten hatten.

Und heute? Noch ist es nicht vollbracht! Aber die ersten Konturen zeigen sich bereits: Aufwertungschwundel, Amnestiebetrug, Zoll- und Steuerraub, Preissteigerungen wie in der Inflationsperiode, gewalttätige Unterdrückung der Gegenwehr des Proletariats, demagogischer Schwindel von Preisabbau, gewalttätige Abwürgung der Streikbewegung, Polizeigewalt, Maschinengewehre, blaue Bohnen, Gefängnis, Zuchthaus für die Rebellierenden. Das ist die Dawes-Wirklichkeit!

Und die betörten proletarischen Massen beginnen die Augen zu öffnen. Sie sehen an Stelle des versprochenen Dawespaktar dieses — die Dawes-Hölle. Selbst der „Vorwärts“, das heilige Testament der Dawesreligion vermag es nicht mehr zu leugnen, daß zwischen Dawes-Plan und Zollwucher und Steuerraub direkte Beziehungen bestehen, bei denen das eine das andere erfordert. Auch der „Vorwärts“ wagt es nicht mehr zu leugnen, daß die Hilfeleistung des bankrotten Kapitalismus durch das auswärtige Finanzkapital auf Kosten der breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten durchgeführt wird. Das war der Sinn des Dawespaktes: Hilfe von den Siegern, von dem großmächtigen Imperialismus Englands und Amerikas, um selber weiter als herrschende Klasse bestehen und sich bereichern zu können. Um weiter Profite eintreiben zu dürfen, Teilung derselben. Also: Zahlen — „erfüllen“, aber nicht aus eigener Tasche, sondern auf Kosten der Arbeitenden, auf Kosten des Hungers und des Elends der breiten Volksmassen, deren Lebensniveau noch mehr gesinkt, deren Löhnen noch mehr geplündert werden. Das ist die Dawespelulation der deutschen Bourgeoisie.

Die deutsche Dawes-Presse begeht ihr Jubiläum mit gedämpfem Trommelklang. Noch waltet der Segen der warmen Strahlen der Dawessonne. Aber bereits sind sie im Verblaffen begriffen. Es will kein rechter Jubel aufkommen über die „bezahlte“ erste Milliarde. Der Plan der Milliardenleistungen war auch zu raffiniert, als daß man der Wohlthaten froh und glücklich werden konnte. Rein Ramsch: 800 Millionen wurden durch ausländische Anleihen aufgebracht, 200 Millionen aus den Einnahmen der Reichsbahnen, die nur mit einigen Tausend Toten bezahlt wurden. Aber anders wird das Bild

Berlin, den 30. August 1924.

Zu den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen Freien Angestelltenbund, Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kommunistische Partei Deutschlands

Die erste deutsche Arbeiterdelegation ist aus Rußland zurückgekehrt, wofür sie teils in ihrer Gesamtheit, teils in Einzelkommissionen sechs Wochen lang die Verhältnisse in den sozialistischen Sowjet-Republiken studiert und die Auswirkung der dortselbst angewandten Methoden gesehen und geprüft hat.

Die Bedeutung der Frage: Wie steht es in Sowjet-Rußland?, die überall in der Arbeiterschaft lebhaft diskutiert wird, wo noch der Wille vorhanden ist, dem internationalen Proletariat und insbesondere dem deutschen Volke eine bessere Zukunft zu schaffen, ist bekannt.

Weil aber die Klärung dieser weltbewegenden Frage von so ungeheurer Bedeutung ist, darf es nicht Sache einer einzelnen Partei sein, sich damit zu befassen; vielmehr muß zu diesem Zweck eine breite Plattform in den arbeitenden Massen gefunden und klar und nüchtern das wirkliche Bild des heutigen Rußland entrollt und geprüft werden.

Die Delegation, bestehend aus Freigewerkschaftlern, hat es fertig gebracht, trotz der vorhandenen grundsätzlichen Verschiedenheit in der politischen Auffassung ihrer Mitglieder (die Delegation umfaßte 30 Sozialdemokraten, 17 Kommunisten, 11 politisch Parteiloze), eine umfangreiche, sachliche, ruhige Prüfung der russischen Verhältnisse vorzunehmen, weil sie die Gelegenheit hatte, vollständig frei sich zu bewegen und Studien und Untersuchungen nach eigener Wahl undbeeinflusst vorzunehmen.

Wenn der Arbeiter-Delegation dies möglich war, muß der deutschen Arbeiterschaft unter Zurückstellung alles noch Trennenden eine öffentliche Prüfung des Untersuchungsergebnisses der Rußland-Delegation möglich gemacht werden, und richten wir deshalb die Bitte an Sie, gemeinsam mit den anderen Interessierten dieses Schreibens Versammlungen zu veranstalten, in denen Mitglieder unserer Delegation eingehend mündlichen Bericht über Rußland geben. Siner baldigen Zustimmung an die endstehende Adresse sehen wir entgegen.

Mit festem Glauben
Erste deutsche Arbeiter-Delegation nach Rußland.
i. A.: Freiburger.

Die Rußland-Delegation in Berlin

Zur ersten Berichterstattung der Arbeiterdelegation in Berlin waren über 2000 Funktionäre aus allen Arbeiterorganisationen erschienen. Im Garten und im Saale der Bodbrauerei warteten zehntausend Proleten auf die Berichte der Delegierten. Von den anwesenden Funktionären und Betriebsräten sprachen Dänemark (SPD): „Und ich sage, daß noch nie soviel geschwindelt wurde in den deutschen Zeitungen, als über Georgien.“

Odenhagen (SPD) sagte: „Wir haben eine große Schuld abzuhängen, nämlich die, daß wir Rußland nicht genügend im Kampfe gegen die Bourgeoisie unterstützt haben, und wir können diese Schuld nur dadurch begleichen, daß wir alles daran setzen, um das Lügengewebe der bürgerlichen Zeitungen und die Heze, die gegen Sowjetrußland getrieben wird, zu zerreißen.“

Red (KPD): „Wir wollen die Einheit der Arbeiter, der Bauern und kleinen Leute. Die große historische Aufgabe der russischen Delegation ist die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Auch wir deutschen Kommunisten wollen ein Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern. In Rußland sind 96 Proz. der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Aber wir deutschen Arbeiter müssen dafür sorgen, bis auch der letzte Mann im Betriebe gewerkschaftlich organisiert ist. Die Einheit der russischen Arbeiterklasse muß uns als leuchtendes Beispiel des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie gelten.“

Samliche Redner betonten die besondere Tatsache, daß in Rußland die Arbeiterklasse herrscht. Nach den Berichterstattungen sprach General a. D. v. Schöndr. Er hat als Privatperson Rußland bereits und berichtet über seine Eindrücke: „Ich muß anerkennen, wie die USA und die USSR den Bauern zugute kommen und die Produktion gewaltig gefördert hat. Die Zukunft der russischen Landwirtschaft liegt in gewerkschaftlichen Bahnen. Wenn der russische Bauer genossenschaftlich produziert, wird die landwirtschaftliche Produktion ungeheuer gesteigert werden. Ich bin zwar nicht mit allen Methoden des Sowjetismus einverstanden. Doch wenn ich untersuche, wie in Deutschland auf gesetzlichem Wege die Arbeiter und kleinen Leute enteignet werden, und wenn ich gegenwärtige, wie die russischen Arbeiter und Bauern mit ihren Methoden die Bourgeoisie enteignet haben, so muß ich mich doch für die russische Methode entscheiden. Ich bin ein Freund Sowjetrußlands und bin überzeugt, daß Rußland ein Freund Deutschlands ist.“

Der Aufforderung des Vorstehenden, daß die geladenen Vertreter der SPD, und KPD, und der Gewerkschaften zum mehrmann als Vertreter der KPD, nach. Er erklärte, daß der Bericht der Delegation deutlich zeigt, daß in Rußland tatsächlich die Arbeiterklasse herrscht. In dem Moment, in dem die Delegation aus Sowjetrußland zurückkehrte, zeigte es sich, daß nicht die Welsagungen des „Vorwärts“ von der aufgehenden Dawes-Sonne in Erfüllung gegangen sind, sondern in Deutschland die Arbeiterklasse immer mehr verelendet, daß aber in Rußland, da, wo die Arbeiter die Macht erobert haben, sich die Lebenshaltung des Proletariats hebt.

Auch die englischen Arbeiter kämpfen gegen den Dawes-Pakt und die Rede des Arbeiterführers Good zeigt es, wie die englische Arbeiterschaft die Kapitaloffensive abgewiesen hat. Unsere größte Aufgabe ist die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Der heute zusammengetretene AOB-Kongress wird nicht die notwendigen Aufgaben erfüllen. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, zu kämpfen bis die Einheit der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus die internationale Einheit zum Kampf gegen die Bourgeoisie hergestellt ist.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen die im wesentlichen den Ausführungen des Referenten entspricht. Unter dem besten Willen der Internationale schloß diese denkwürdige Versammlung. Im Garten sprachen die Berliner Delegierten Meißner (SPD), Jahn (KPD). Sönderer Beifall beehrte die Ausführungen. Mit einem Hoch auf Sowjetrußland fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Zur Berichterstattung der Rußland-Delegation

1. Die erste deutsche Arbeiterdelegation ist am Sonntag, 29. August, in Berlin eingetroffen. Die Delegierten sind zum größten Teil bereits in ihre Heimatsorte abgereist.

2. Als Delegationsvorstand bleiben folgende Genossen in Funktion:
Freiburger-München
Red-Jena
Oberhausen-Essen
Lehmer-Gemnis
Eind-Opfeln
Mehl-Berlin
Marx-Lübeckdorf.

3. Die vom Arbeiterkomitee für Rußlanddelegationen durch die Presse bekanntgegebenen Richtlinien für die Berichterstattung bleiben bestehen; alle Anforderungen nach Referenten sind entweder an das „Einheitskomitee“, soweit in dem betreffenden Bezirk ein solches besteht, oder an das unterzeichnete Komitee zu richten.

4. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß Referenten für allgemeine öffentliche Versammlungen nicht gestellt werden können, sondern daß die Berichterstattung in erster Linie in Betriebsversammlungen, Betriebsrätevollversammlungen oder von den Gewerkschaften einberufenen Versammlungen stattfinden soll.

5. Alle Anforderungen wegen Entsendung weiterer Delegationen nach Sowjetrußland sind an das unterzeichnete Komitee zu richten.

Arbeiterkomitee für Rußland-Delegationen.
i. A.: Bollmann.

Berlin W. 8, Unter den Linden 11.

Vom Tage

In den deutschrussischen Handelsvertragsverhandlungen sind Schwierigkeiten eingetreten.

Die Festung Sweida in Syrien wurde von den Drusen eingenommen.

Die vom Staatsgerichtshof verhängten Todesurteile gegen Neumann, Poegge und Stokowski sind durch Begnadigung aufgehoben worden.

Die Vertreter des Eisenbahnenarbeiterverbandes haben ihren an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Antrag auf Einstellung des Schlichtungsverfahren zurückgenommen.

Die von Korsanthy gegründete Raitowitzer Bank ist in Bankrott geraten.

Das Hamburger freigewerkschaftliche Jugendkartell hat beschlossen, eine Delegation nach Sowjetrußland zu senden.

Bereits schon im jetzt beginnenden Jahr. In diesem Jahre sind 1220 Millionen aufzubringen. Die ausländischen Anleihen sind verlegt und verpönt, Aussicht auf weiteren Pump. besteht nicht. Jetzt heißt es, neben den Reparationslasten noch Zinsen. Das wird von Jahr zu Jahr natürlich schlimmer. Und in nicht allzu langer Zeit beginnen die "Normalleistungen". Da heißt es jährlich 2500 Millionen aufzubringen. Es ist nicht allzu schwer zu erraten, wie das alte Deutschland der "Normalleistungen" aussehe wird. Wie brauchen wir nur an die Reparationsleistungen aus dem Verfallter Vertrag zu erinnern. Von 1918 bis 1922, also vier Jahre, ging es allmählich aber sicher bergab. Und jetzt bei den Dames-Lasten; kaum müssen die ersten Anstrengungen gemacht werden, da sehen wir bereits die gleichen Bemessungen wie im Jahre 1922. Und das schon nach dem ersten Jahre. Wie viel Jubiläum wird der Dawes-Raubvertrag begehen?

Die Kommunisten standen in ihrem Kampf gegen den Dawes-Pakt von allem Anfang an allein auf weiter Fluß. Die Bourgeoisie warf sich mit der Hecht ihrer gewaltigen Macht auf die "Berleumder" und "Heber". Sündenböcke, Täuflinge liegen hinter Kerkermauern, die nicht an den Segen der Dawes-Sonne glauben. Täglich neue Prozesse, neue Verurteilungen, gegen die, die nicht einstimmen wollen in das hohe Lied der Dawes-Religion. Aber auch täglich neue Maßnahmen, neue Millionen, die erkennen, daß sie abertausend geprellt und genarrt, einem Irrlicht nachjagten. Die Dawes-Illusion, die letzte Lustlicht der kapitalistischen Sanierungspolitik, sie schmilzt wie Schnee in der Sonne, sie, die selbst Sonne vorläufig, nichts als ein jämmerliches Irrlicht war.

Wieder ein Eisenbahnunglück

Ein Toter, drei Schwerverletzte

Am vergangenen Sonntag fuhr ein mit sieben Mann besetzter Lastkraftwagen zwischen Breslau und Deutsch-Walla in der um 5 Uhr 40 Minuten von Glogau kommenden D-Zug der Bahnhöfer, auf dem neben dem Mitfahrer im Bremswagens noch drei Handwerksburschen Platz genommen hatten, wurde völlig zerstückelt und in den Straßengraben geschleudert. Alle vier Insassen wurden schwer verletzt und ein Handwerksbursche, das rechte Bein und ein Arm abgefahren wurden, verstarb auf dem Transport. Die im Vorderwagen befindlichen drei Personen kamen glimpflicher davon. Der Führer des Lastkraftwagens blieb völlig unverletzt, während ein Mitfahrer und ein unterwegs aufgenommener Motorradfahrer nur leichtere Verletzungen davontrugen.

Über den Hergang des Unfalls wird amtlich folgendes gemeldet: Am gestrigen Nachmittag fuhr der Lastkraftwagen der Zuderfabrik Mallisch von Mallisch nach Breslau. Auf dem vorderen Wagen befanden sich der Fahrer und ein Mitfahrer, während auf dem Anhänger im Bremswagens ein weiterer Mitfahrer Platz genommen hatte. Auf der Landstraße traf der Wagen den Motorradfahrer Anst aus Breslau, der infolge eines Magnetteles mit seiner Maschine nicht weiterfahren konnte. Man lud die Maschine auf den Anhänger, während der Motorradfahrer mit dem auf dem Führerplatz aufstieg. Unterwegs hatten sich auf den Anhänger ohne Wissen des Führers noch drei des Weges ziehende Handwerksburschen gehockt, um so auf bequeme Weise weiter zu kommen. Von Deutsch-Walla kommend, fuhr der Lastkraftwagen über die Berliner Chaussee kreuzend Bahnstraße. Als der Vorderwagen bereits die Bahnüberführung passiert hatte, erkannte plötzlich ein langgezogener PKW und in der nächsten Sekunde fuhr bereits der von Glogau kommende D-Zug 33 in voller Macht gegen den Anhängerwagen.

Der völlig zerstörte und rests in den Graben geworfen wurde. Der Mitfahrer Paul Burmann aus Kaufflog in hohem Bogen aus dem Bremswagens über den Zug und blieb mit schweren Verletzungen, einem Bruch und Bluterguß im Auge auf der Straße liegen. Die drei Handwerksburschen wurden ebenfalls herausgeschleudert. Während zwei von ihnen, Josef Cibulla und Wilhelm Götzsch, mit schweren Kopfverletzungen und schweren Oberarmverletzungen blieben, geriet der dritte, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte, so unglücklich unter den D-Zug, daß ihm beide Beine und ein Arm abgefahren wurden. Er verstarb kurze Zeit nach dem Unfall.

Die Ursache des Unglücks soll nach bürgerlichen Meldungen darin zu suchen sein, daß der Schrankenwärter, der das Signal, wodurch die Züge gemeldet werden, nicht gehört haben soll, nicht rechtzeitig die Schranke geschlossen hat. Der völlig gebrochene Beamte gestand sehr Versäulungen ohne weiteres ein und wird seine Fahrlässigkeit vor Gericht zu verantworten haben.

Die wirkliche Ursache dieses neuen entsetzlichen Unglücks ist ebenso wie der Eisenbahnunfallstoch in Kabisha in der Überlastung und Ausbeutung der Beamten der Dames-Gesellschaft zu suchen. Sie sind Folgen des rücksichtslos durchgeführten Abbaus, der nicht nur auf Kosten des Personals, sondern auch auf Kosten des Lebens der Reisenden erfolgt.

Ein Sieg der freien Gewerkschaften

Der Erfolg der SPD-Arbeit

Sie am Dienstag und Mittwoch gelangte Betriebsratswahl im Berather Walzwerk hatte folgendes Ergebnis: Auf der Seite der christlichen Gewerkschaften entfielen 186 Stimmen und auf die Seite der Freien Gewerkschaften 526. Im ganzen haben von der 1000 Mann starken Belegschaft 712 ihr Stimmrecht ausgeübt. Über 200 Jugendliche konnten nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes ihre Stimme nicht ausgeben.

Die Wahlbeteiligung war, nachdem die Belegschaft zwei Jahre lang keinen Betriebsrat hatte, eine gute. In den Arbeiterrat wurden gewählt 8 freie Gewerkschafter und 3 Christen.

Am 2. Verhandlungstag des Gewerkschafts-Kongresses

Schumann (Verkehrsbund) eröffnet die Sitzung 10 Uhr und begrüßt den als Vertreter der Regierung eingetroffenen Dr. Flatau. Die Sitzung beginnt mit einer wüsten Hege gegen die Kommunisten. Der Beifall, den die kommunistischen Redner am gestrigen Tage von den Tribünenbesuchern und von den anwendenden sozialdemokratischen Arbeitern bekommen haben, hat die „Alten“ nicht ruhig schlafen lassen. Simon, Sulzmann, Schreyer suchen Verantwortliche für ihren Reformismus. Die schwersten Gesänge werden aufgeführt. Trotzdem merkt man an ihren Reden, daß sie sich sehr vorichtig ausdrücken. Sie wissen, daß die Arbeiter von diesem Kongreß Verloren erhalten. Die Stimmung in der Arbeiterklasse ist ihnen wohl bekannt und deshalb mit gedämpfter Trommel Klang. Schreyer wird wohl zugeben müssen, daß doch eine etwas geschwängerte Atmosphäre auf dem Kongreß vorhanden ist.

Schwindelmeldung über die SPD

Die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse drückt eine Meldung des „Montag Morgen“ ab, die behauptet, daß die Geschichte der kommunistischen Internationale den Rücktritt Ruth Fischers und den Abzug zahlreicher radikaler Funktionäre beschließen habe. Diese von einem bürgerlichen Sensationsblatt behauptete Meldung ist lediglich zur Verfälschung der kommunistischen Arbeiter bestimmt. Über die tatsächlichen Vorgänge im 3A der SPD und über das Verhältnis der deutschen Partei zur Exekutive werden wir demnächst ausführlich berichten.

Freiherr von Schoenaich über die Güter der ZMS bei Kasan

Von Moskau zur Tatarenrepublik ist ein Leitartikel der „Reichlichen Zeitung“ vom 5. August überschrieben, in dem Freiherr von Schoenaich über seine Reise nach Mischkowskoj und durch die Tatarenrepublik berichtet. Der größte Teil seiner Ausführungen gilt den Gütern der ZMS bei Kasan, die er in ihrer Bedeutung als Zentrum der Belehrung der umliegenden Bauernschaft über die modernen Methoden der Bodenbearbeitung erkannt hat und deren wirtschaftliche kulturelle Aufzucht er eingeschätzt würdigt. Er schreibt: Bei jener furchtbaren Hungersnot waren es hauptsächlich drei Organisationen, die tatkräftig Hilfe brachten: 1. die von Friess Kasan geleitete Organisation, 2. die amerikanische Hungerhilfe, 3. die Internationale Arbeiterhilfe. Dem Wirkungs-

Bereich dieser letzteren galt mein Besuch. Hier konnte ich in der Tat sehen, was der Kommunismus zu leisten vermag. Die Tatarenrepublik hat der ZMS, oder auf Russisch „Mischkowskoj“ drei Güter zur praktischen Arbeit zur Verfügung gestellt. Von der Anlagestelle des Dampfers hatten wir vom Kasan aus noch 23 Kilometer Wagenfahrt, die uns durch hügeliges baumloses Land von mildem schwarzem Lehm mit einem großen ruffischen und einem tatarischen Bauerndorf führte. Vorausgeschickt sei, daß das ehemalige Gouvernment Kasan wegen der Rückständigkeit seiner Bevölkerung zu den ärmsten Teilen Rußlands gehöre.

Als Bevollmächtigter des Gütes Kornuchowo land ich in einen jungen Hosteiner Dose vor, der in Hostewest die landwirtschaftliche Schule besucht und dann im Dittmarfeld und auf Knebarn praktisch gelernt hatte.

Man muß in der Tätigkeit der ZMS, die ihren Hauptstift in Berlin, Unter den Linden 11, hat, und von dem Abgeordneten Will Münzenberg geleitet wird, drei Zeitalter unter-scheiden: Der erste gehört der reinen Hungerhilfe, der zweite der Wiederentdeckung der guten abgestorbenen Wirtschaft, der dritte, in dem man jetzt steht, der Anleitung der ruffischen Bauernschaft zu intensiver Wirtschaft. Daß man daneben aus dem Güterbetrieb natürlich eine möglichst hohe Rente ziehen will, ist selbstverständlich. Ich hatte den Eindruck, daß es sich dieser Doppelaufgabe mit großem Geschick unterzieht.

Die Bewässerung ist wenig ausgefallen, der Mischertrag ist laut Register bei den sehr ausgebrannten Weiden mit zehn Liter je Tag und Kuh aber als sehr gut zu bezeichnen. Die Milch wird an Ort und Stelle zu Butter verarbeitet, die in den Städten der Umgebung verkauft wird. Das Pferdematerial ist dafür, daß man Warm- und Kaltblut ziemlich planlos mischt, nicht übel. Die Hälfte des alten Güterareals ist dem Gut verblieben, die andere Hälfte ist dem Bauerndorf überlassen worden. Die Bauern bekommen für den Kopf ihrer Familie 1 1/2 Hektar Ackerland, außerdem kommt ein Anteil an der Weide, dem Wald und den Wiesen, etwa noch einmal daselbe hinzu. Eine zehnköpfige Familie, die nicht zu den Seltenheiten gehört hat also etwa 100 Morgen Land zur Verfügung. Die übliche Fruchtfolge ist: Wintergetreide, Sommergetreide, Brache, Kartoffeln, die nur für den eigenen Bedarf gebaut werden, stehen in der Sommerung. In diesen trockenen Jahre erzielte man eine Mittelernte. Die Hauptfrüchte, die gemacht wurden, sind: 300 flache Pflügen und zu dichtes Säen milderem Saalgetreide. Auch die Kartoffeln scheinen eine jämmerliche Ernte zu sein. Dazu kommt, daß man sie in merkwürdigen Mengen zum Getreide, so weit legt, daß das Kraut den Boden nicht beschattet und das Unkraut zwischen den Reihen uppig wächst. Die diesjährigen Erträge der Bauern schätze ich in Übereinstimmung mit Dose auf:

Kartoffeln	20-25 Zentner je Morgen
Roggen	4-5 Zentner je Morgen
Hafer	3-3 1/2 Zentner je Morgen

Bei besten Ernten soll etwa mit der Hälfte Mehretrag zu rechnen sein.

Sehr erfreulich ist es, zu sehen, wie die Bauern durch den Anblick der Güterwirtschaft allmählich erwachen. Dose wird fortwährend um Rat gebeten. Auch der ärmste Bauer pflegt nicht mehr mit dem alten Holzfader, sondern ich sah auf jedem Güter eine moderne Wendepflug. Das Gut pflegt mit Motorpflügen der Firma Stod. Der kleine Traktor war gerade beim Probefahren. Sehr lehrreich und das Tagesgespräch der Bauern sind die Anbauergebnisse des Gütes mit neuen Getreideforten. Ich sah nebeneinander alle Landforten von Roggen und Hafer und eine neue mir unbekanntes Roggenfort Albinaki und Hafer und einen weiteren vom schwedischen Swalbf-Hafer. Das Gut, das natürlich Drillhaat macht, hatte von der Landforte Roggen 6 Zentner, von dem Albinaki 11 Zentner je Morgen, von der Landforte Hafer 5 Zentner, von dem Swalbf 8 Zentner je Morgen geerntet. In meiner Gegenwart kamen fortwährend Bauern, nahmen Probefahren und pflühten die Körner.

In dem neuen Güterhaus ist unten ein Kinderheim und ein Arbeiterklub eingerichtet. In jedem Bauernhaufe sah ich noch die alten Heiligenbilder, teilweise sogar mit noch brennender ewiger Lampe. Die Alten gehen auch noch in die sehr prunkvolle Kirche. Die Jugend spielt dortweilen Fußball. In einer Bauernstube hing auch noch ein Zarenbild. Auf Bestfragen lächelte der Bauer und meinte, er könne doch die Wand nicht ganz ohne Schmutz lassen. Der kommunistischen Partei gehört keiner der Bauern an. Das eine haben sie doch begriffen, daß die ZMS ihnen ehrlich zu helfen sucht. Ganz sicher aber würde der Güterbesitzer Kinderheim und den Klub zu nehmen und dem alten Widerstand auch der nichtkommunistischen Bauern stehen.

Wenn die größte Hitze vorüber ist, fahren wir zu Wagen 70 Kilometer nach einem anderen Gut der ZMS. An der Rama-Fähre werden wir nachts ein paar Stunden ruhen und für Sonntag hat man uns sogar ein Trabrennen in Kasan verheißten. Rußland erwacht.

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Mischka ging von einer Wand zur anderen, sah im Vorbeigehen durchs Fenster. Vom tiefem Gefühl des ersten Diebstahls wurden ihm die Hände schwach, das Gesicht und die Ohren brennend heiß. Er betastete Serjoscha mit abweichenden Augen, flüsterte ihm heilig zu:

„Geh,ieh dich dort um.“

„Wo?“

„Dort, hinter der Türe.“

„Was, zwei, fertig!“

Serjoscha fragte hinter der Türe:

„Mischka, was soll ich machen?“

„Streich nicht mehr zu schreien, ich nicht nötig.“

Auf der Wand waren lesen Bauern hinter dem Stationsvorsteher her, flüsternd zu ihm, sie nun Christi Willen fahren zu lassen.

„Genau die Burschen, einwiegen Sie aus diese Gnade!“

„Bartel, Gewissen, ich laua nicht!“

Mischka sah zusammen mit den Bauern.

Die Bauern haben stehen, auch Mischka blieb stehen und hielt den furchtsamen Serjoscha an der Hand.

Die Bauern zogen die Mägen vom Kopf, auch Mischka zog die alte, väterliche Mütze vom Kopf, ließ Serjoscha an:

„Nimm die Mütze ab!“

Aus der Ecke wurde nichts, die Bauern begannen zu schimpfen. Mischka sagte auch wie ein Ermahnender:

„Die wollen Schweregelber haben.“

Später haben sie eine Dame mit verschiedenen Namen im Kopf.

Solche waren auch in Samara zu sehen, der feigste Vater nannte sie Schmiedschadigane. Die Dame stand auf den Stufen eines grauen Wagons, sie hatte zwei goldene Ringe an den Fingern. In einem Ohr glänzte ein Ohring, und auch ihre Lippen waren nicht wie bei anderen Mädchen: Sie waren aus Gold. Nebenbei haben Kinder und Frauen ihr in den Mund...

um die Knochen, fallen in einem Haufen über sie her wie in einander verklammerte Kröten. Dann ordnen sich die Kinder wieder in Reih und Glied. Als die Dame alle Knochen sortiert hatte, warf sie eine Strähne hin.

Häse Bunt ergreift Mischka.

„Stoß wirst sie hin, die dumme Gans!“

Er schob seinen Ead zurecht, ging zusammen mit Serjoscha zum Angriff über.

„Versuch du zu fangen, ich will auch fangen.“

Mischka ist nicht groß von Wuchs, aber gedreht, ist ganz seinem Udel Nikolai nachgeraten, der ein Meister im Frankkampf war. Wenn der einem übers Ohr fuhr, dann hörte man im ganzen Kopfe Musik.

Die Dame sah den Jungen mit den breiten Wästscheuten und warf abschließend ein größeres Stückchen hin. Mischkas Rüstern blähten sich auf. Er schnellte die rechte Schulter mit einem Ruck vor, warf zwei Jungs um, kam rittlings auf den dritten zu sitzen, drückte seinen Kopf zu Boden und unklammerte wie mit einer Zange den Hals.

Das kleine zerdrückte Stückchen Brot, ganz mit Staub bedeckt, wurde seine Beute.

Bevor er zu Atem kam, warf die Dame noch ein Stück Brot hin.

Mischka schellte mit ungeheurer Kraft in die Höhe.

„Serjoscha, fange!“

Doch ein kränkelnder Junge mit großem Bauch war kläuner als alle anderen, bracht Serjoscha zu Fall, der fiel direkt mit der Nase auf den Boden. Serjoscha sprang auf, sah nichts um sich, hob beide Hände zum Schlags, der Schlag ging vorbei. Der Kränkelnde aber lösterte ein Mädchen in einem langen Hemd beiseite, kränzte den Rücken wie eine Krabe und wandte sich gegen Mischka, der hinzugeeilt kam. Zwei andere Jungen kamen.

„Gib ihm eins, Wanja!“

Mischka schob den Ead hinter den Schultern zurecht und die Mütze zurück, die ihm in die Augen gegliitten war.

„Komme mir!“

„Glaubst wohl, ich fürchte mich vor dir?“

„Ne lo, Loma mir!“

Da warf die Dame wieder ein Stückchen Brot.

Gleichzeitig warf jemand aus dem Wagen vier ein...

„Dah dich der Satan...“

Mischka hätte sich am liebsten in zwei Hälften zerrissen, doch ging das nicht. Er stürzte nach dem Papier.

„Jergend etwas wird da drin sein!“

Mit bebenden Fingern rollte er es auf, nichts, nur 36 altetenstummel.

„Dah euch der...“

Das Spiel dauerte lange.

Sald warf Mischka zwei Jungen auf einmal um, bald wurde er von zweien auf einmal umgeworfen.

Er hatte mehr als alle anderen gefangen, und es war ihm zuverfichtlich zumute.

Vielleicht stößt er noch einmal auf so eine Schmiedschadigans. Hauptfrage, er kommt bis nach Lajschent, bringt fünfzehn Bind Saat und große Brostüde nach Hause.

Strenge, häuerliche Gedanken reichten sich aneinander, erfreuten das Herz, und der Gedanke an eigene Saat im nächsten Frühling war wie ein warmer, milder, lösender Nebel. Ein lüher Bauerntraum zog durch den mageren, ausgehungerten Leib.

Serjoscha hatte kein einziges Stückchen gefangen. Ein Stückchen hatte er erfaßt, doch der frummbeinige Wanja mit dem biden Bauch hatte es ihm entziffen und ihm noch obenbreim mit seinen spizen Hundenageln die Wade zerkratzt. Hinter dem Stationsgebäude setzten sie sich auf die Erde. Mischka zählte die aufgefundenen Brotkrumen, sagte:

„Zehn. Drei für mich, zwei für dich.“

Mischka schlang die Brotkrumen hinunter, der Geschmack im Munde wurde noch schlimmer.

„Mischka, gib mir noch ein wenig, ich bin nicht satt geworden.“

„Das genügt vorläufig. Wollen Wasser trinken, uns schlafen legen.“

„Gib mir diese Krume.“

„Welche?“

„Hier auf deinem Arie.“

Mischka war auch nicht satt geworden. Er befuhrte das bei dem Bauern gestohlene Stückchen, verzog böse den Mund.

„Immer gib, gib. Wann wirst du mir etwas geben?“

„Ich habe dir die Schraube gegeben.“

„Die habe ich gewonnen.“

Großer Hafenstreik in Australien und Südafrika

London, 1. September.

Die Streikbewegung in den australischen und südafrikanischen Häfen dehnt sich immer weiter aus. „Sidney Age“ spricht von einem großen Angriff des „russischen Bolschewismus“ auf Australien. Die beiden australischen Streikführer Walsh und Johnson sind für den 3. September vor das Deportationsamt geladen worden. Walsh hatte in einer Rede in Sidney folgende Meinung geäußert: „Wenn die Aufrechterhaltung des englischen Weltreiches von der Degradierung der Arbeiter abhängt — dann zur Hölle mit dem englischen Weltreich!“ In Kapstadt, wo jetzt schon zwölf Schiffe festliegen, veranstalteten die Seeleute eine Massenversammlung unter freiem Himmel, wobei die Entschließung angenommen wurde: „Zu schwimmen oder zu versinken!“ Rommunisten hielten hierbei Ansprachen. In Johannesburg hat die Transvaal-Arbeiterkonferenz ihre Billigung des Seemannsstreiks ausgesprochen. Der Arbeitsminister Creswell wurde hierbei niedergeschrien. Auch in England droht eine Verschärfung des Streiks, da die „Marine Workers Union in Southampton“ sich dem Streik angeschlossen hat.

Regierungskrise in Polen

Das Ministerium Grabski befindet sich in einer Krise. Grabski selbst will zurücktreten. Sein Nachfolger soll General Sikorski werden. Die Ursachen der Krise liegen in der rapid sich verschlechternden Wirtschaftslage Polens, in der katastrophalen Devisenlage, in der Verweigerung amerikanischer Kredite, in den Schwierigkeiten der niedrigelösten Arbeiterfrage, Bauernfrage und Nationalitätenfrage. All diese Schwierigkeiten wurden durch den Zollkrieg mit Deutschland ins Unerträgliche gesteigert. Grabski führte gestern vor Presse- und Wirtschaftskomitee aus, daß Polen ohne einen Handelsvertrag mit Deutschland nicht bestehen könne, ein Vertrag müsse unter allen Umständen abgeschlossen werden. Am 15. September werde eine polnische Delegation die Verhandlung erneut aufnehmen in Berlin. Grabski teilte ferner mit, daß die Banknotendeckung in den letzten Tagen von 60 auf 36 Prozent gefallen sei.

Eine Hamburger Jugenddelegation nach Rußland

Hamburg, 1. September.

Das proletarische Jugendpartei, dem sämtliche Arbeiterjugendorganisationen angeschlossen sind, hat einstimmig beschlossen, zwei kommunistische Jungarbeiter zu bestimmen, die sich der Jungarbeiterdelegation nach Rußland anschließen sollen.

Berücksichtigung der Lage in Kanton Maßnahmen gegen die Konterrevolutionäre

Washington, 28. August.

Das Staatsdepartement teilt mit, daß die Stadt Kanton von Igenananten Sham-poa-Kadetten besetzt worden sei, die Kommunisten der Richtung Sun Yat-sen sind. Weiter erklärt das Staatsdepartement, daß 100 Staatsbeamte, die in der Märsch des jüngst verhafteten Finanzministers beteiligt zu sein schienen, verhaftet worden sind. Die Kadetten haben schwere Artillerie in der Stadt aufgeföhrt und alle wichtigen Punkte besetzt. Man glaubt, daß in den nächsten Tagen große Kämpfe stattfinden werden.

Zu der oben wiedergegebenen Meldung einer bürgerlichen Agentur liegen uns eigene Nachrichten noch nicht vor. Es ist jedoch aus ihr zu erkennen, daß die revolutionäre Völkregierung von Kanton im Zusammenhang mit den letzten Vorfällen, besonders der Ermordung des Finanzministers Cia, die durch England bestochene Subjekte ausföhrt, gegen die rechten Beraterelemente in der Kuo Min Tang vorgeht, die mit den Imperialisten zusammen Komplote gegen die Revolution schmieden. Daß diese Selbstwehr die infamste Höhe des Bürgerturns hervorruft, ist klar.

Zunihundert neue Fabriken in Rußland

In Rußland sollen im nächsten Jahre 500 Fabriken wieder in Betrieb genommen werden. Es handelt sich um Werke, die bis jetzt stillgelegt haben, teils weil die Finanzierungsmöglichkeiten fehlen, teils weil die Kaufkraft der russischen Bevölkerung für ihre normale Erzeugung der verschiedensten Waren nicht ausgereicht haben würde. Die günstige Ernte des laufenden Wirtschaftsjahres war auch hier die Voraussetzung für eine ruckweise Aufwärtsbewegung.

„Demokratische“ Wirtschaftspolitik auf dem Gewerkschaftskongress

(Fortsetzung und Schluß)

Wer ist „der“ Theoretiker der sozialdemokratischen Gewerkschaften? Das ist heute Herr Karl Zwing in Jena. Bis vor kurzem in weitesten Kreisen völlig unbekannt, gibt er seit vorigem Jahr die Zeitschrift „Gewerkschaftsarchiv“ heraus, hat auch eine Geschichte der Gewerkschaften geschrieben, und gilt bei den Sozialdemokraten als erste Autorität in Fragen der gewerkschaftlichen Theorie. Natürlich nur, weil er mit einem gelehrten klingenden Brimborium das sagt, was die Gewerkschaftsführer gern hören, weil er zu ihrer Praxis die „theoretische“ Begründung liefert.

Von ihm ist unter dem hochtrabenden Titel „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“ ein Buch erschienen, (vorläufig der erste Teil: „Gewerkschaften und Wirtschaft“), da steht das drin, was wir zu wissen wünschen. Man kann auch als sicher annehmen, daß Tadel in Breslau nichts anderes sagen wird, als was er diesem Buch entnommen hat.

Der Inhalt des Buches läßt sich in einem ganz kurzen Satz zusammenfassen, nämlich: weg mit dem Klassenkampf, Veröhnung mit den Kapitalisten. Das ist es, was hinter der Phrase der „Wirtschaftsdemokratie“ steht. Schon in der Einleitung heißt es (S. 10):

„Die Entwicklung vom Solidaritätsgedanken der Klasse in die Bahn des gesellschaftlichen Einheitsbegriffes zu leiten, ist eine der dringenden Aufgaben der Gewerkschaften.“

Das ist keineswegs nur eine Entlassung. Das ganze Buch zielt darauf, daß er es wirklich so meint: Die Gewerkschaften sollen dafür sorgen, daß die Klassenolidarität der Proletarier aufhört und ersetzt wird durch eine Solidarität mit allen Mitgliedern der Gesellschaft. Vor allen Dingen mit den Kapitalisten. Nun, dafür sorgen ja die Sozialdemokraten schon lange; öffentlich seit August 1914. Da nun eine „Veröhnung“ mit den Kapitalisten nur dann möglich ist, wenn der Proletarier sich ihnen unterordnet und sich völlig ausbeuten läßt, so ergeben sich daraus die heutigen Zustände.

Zwing geht davon aus, daß in der Politik die deutsche Arbeiterklasse seit November die Gleichberechtigung besitzt. Das stellt er als Tatsache hin, an der niemand zweifelt. Es hieße unsere Leser beleidigen, wollten wir erst noch nachweisen, wie falsch das ist. Wir brauchen es auch nicht, denn Zwing widerlegt sich unmittelbar darauf selbst. „Aber“, fährt er fort (S. 20):

„was nützt die Gleichberechtigung im politischen Ueberbau, wenn an dem wirtschaftlichen Ueberbau nichts verändert wird?“

Sehr richtig. Und daraus folgt, daß die Personen, die 1918 im Auftrag des Proletariats die politische Macht ausübten, sofort mit der Veränderung des wirtschaftlichen Ueberbaues hätten beginnen müssen. Statt dessen begannen sie sofort, die wirtschaftliche Macht des Kapitals gegen die Proletarier zu schützen. Die Folge ist, daß alles beim alten blieb, und daß wir heute (wörtlich laut Zwing):

„sehen, daß die Beherrschten der Wirtschaft, des Ueberbaues auch den politischen Ueberbau beherrschen.“

Auch das ist richtig; weil man den Kapitalisten die wirtschaftliche Macht gelassen hat, beherrschen sie auch die Politik. Dann ist aber das Gerede von der politischen „Gleichberechtigung“ der Arbeiter — purer Schwindel!

Nun gilt es, meint Zwing, die Wirtschaftsdemokratie herbeizuföhren, das sei gegenwärtig das nächste Ziel, um — später einmal — zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu kommen. (S. 23 und an vielen anderen Stellen.)

Und dann erzählt er lang und breit, wie diese Gleichberechtigung in der Wirtschaft sich schon seit langen Jahren entwickelte. Der erste Schritt seit der Tarifvertrag der Buchdrucker 1896 gewesen. Seitdem hätten die Arbeiter beim Arbeitsvertrag mitzureden. Im Anschluß daran hätte sich auch schon die Mitbestimmung im Arbeitsrecht herausgebildet. Was aber noch fehlt, sei ihre Mitbestimmung im Betriebe selbst, in der Produktion. Und die gelte es jetzt zu „erkämpfen“. (Herr Zwing gebraucht gern die Ausdrücke „Kampf“ und „Kämpfen“. Das mag vielleicht die Leser darüber hinwegtäuschen, daß er ihnen gerade den Kampf gegen das Kapital aussprechen verliert.)

Auch das sei schon im Gange: durch die Arbeitsgemeinschaft seit November 1918, (wer lacht da!) durch die Betriebsräte und durch den Reichswirtschaftsrat. Aber das sei noch nicht genug, immer noch sei die Arbeit dem Kapital untergeordnet (S. 124):

„In die Stelle dieses Unteranverhältnisses in der Gesamtwirtschaft für die wirkende erste Wirtschaftsmacht (Arbeit) die Ebenbürtigkeit gegenüber der Macht Kapital herzustellen, ist die Aufgabe der die Wirtschaftsmacht Arbeit repräsentierenden Gewerkschaften.“

Ist das nicht prächtig? Was wollen wir eigentlich mehr?

Immer langsam voran, immer schrittweise. Wer dem Pudel den Schwanz auf einmal abschneidet, tut ihm zu weh. Wieder jeden Tag ein bißchen. Jetzt mal erst „Ebenbürtigkeit“ zwischen Kapital und Arbeit; wenn wir die erreicht haben, wieder ein bißchen mehr, so werden wir ganz allmählich in den Sozialismus „hineinwachsen“. Nur beileibe nicht zu schroff auftreten, denn (S. 129):

„Will man die Einheit der wirkenden Mächte in der Wirtschaft, (d. h. Kapital und Arbeit) so stark es seine Krieg auf Tod und Uebergang zwischen den in dieser Phase der Wirtschaft noch notwendigen beiden wirkenden Wirtschaftsmächten (d. h. wieder Kapital und Arbeit) geben, sondern nur einen Kampf um ein Angleichendes mit Interesse der einen Macht vor anderen.“

Und was mag der Mann „Kampf“ zu nennen, und verwardt sich noch dagegen, daß man ihn der „Schwärmerei für eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ bezichtigt. (S. 130) Obgleich er bald darauf (S. 133) ausdrücklich behauptet:

„Das heute als feindlich Gesehene ist es vielleicht nur, weil zusammengehörige Interessen zurzeit noch bei unangesehlichen Klassen liegen. Die Anerkennung der Ebenbürtigkeit der Arbeit und die Durchsetzung der Wirtschaft mit diesen Prinzipien werden zeigen, daß beide wirkende Kräfte der Ökonomie (das sind für ihn Kapital und Arbeit) nicht feindliche, sondern gemeinsame Interessen haben.“

Weg mit dem Klassenkampf, Veröhnung! Das ist, wie wir schon oben bemerkten, Sinn und Inhalt seines Buches.

Und doch ist er im Grunde ein lieber Kerl, dieser Herr Zwing. Der Mühe nämlich, ihn zu wiederlegen und nachzuweisen, daß er nicht etwa — wie er sich einbildet — über Marx hinaus, sondern weit hinter Marx zurückgeht — dieser Mühe enthebt er uns auch hier wieder, beim Kernstück seines Buches. Er liefert die Widerlegung selbst.

Was nämlich ist denn eigentlich Demokratie? Gewöhnlich versteht man darunter ganz mechanisch die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß und die Unterordnung unter den Willen der Mehrheit. Das erklärt Zwing für falsch, und hier hat er vollkommen recht. „Das Majoritätsprinzip“, sagt er (S. 126), „ist ein Prinzip der Vergewaltigung“. Schon politisch kann es keine Gleichberechtigung schaffen, vollends für die Wirtschaft ist es überhaupt nicht zu brauchen, denn „in dem feineren Wirtschaftssystem“ ist mit Abtötung und Majoritäten nichts anzufangen.

Also, Majorität ist keine Demokratie, denn (S. 126) „das Wesen wirklicher Demokratie ist: Ungleichheiten ausgleichen, nicht durch Majoritäten neue Ungleichheiten schaffen.“

Aber was ist denn Demokratie? Das beantwortet Zwing mit einem Zitat aus Marx-Adler, der es lemerits zustimmend von Rousseau übernommen hat (S. 129):

„Es ist nicht der Wille der Mehrheit, sondern der Gemeinwille, der allgemeine Wille... Die Ueberstimmten haben sich zu fügen, nicht weil sie die Wenigeren sind, sondern weil die Abtötung gezeigt hat, daß sie mit dem Gemeinwillen in Widerspruch sind.“

*) Gleichheit, sagt Zwing an dieser Stelle (S. 127). Er meint offenbar Gleichberechtigung und hat das Wort wohl nur intuitiv vermieden, weil es seiner obigen Behauptung von der Wirkung der deutschen Revolution direkt ins Gesicht schlägt.

Wir glauben Ihnen

daß Sie jetzt nicht in der Lage sind, Ihre Bekleidung gegen sofortige Kasse zu kaufen, deshalb empfehlen wir Ihnen von unserem Verkauf auf

Teilzahlung

bei geringer An- und bequemer Abzahlung Gebrauch zu machen.

Wir bemühen uns, in hervorragenden Qualitäten und billigsten Preisen tonangebend zu sein und werden gekaufte Waren sofort ausgehändigt.

Wir empfehlen:

Herron-, Burschen-, Knaben-Anzüge, Covercoats | Damenmäntel, Kostüme, Kleider, Röcke
Gummimäntel, Lodenmäntel, Windjacken usw. | Kasaks, Strickwesten, Blusen usw.
Winter-Neuheiten eingetroffen! Anfertigung nach Maß! Winter-Neuheiten eingetroffen!

Gartenstrasse 36
Telephon Ring 2548

Helios

Gartenstrasse 36
Telephon Ring 2548

gegenüber
Konzertthaus

gegenüber
Konzertthaus

Billige Möbel

- Schlafzimmer
- Speisezimmer
- Herrenzimmer
- Küchen
- Schränke
- Bettstellen
- Tische
- Stühle
- Sofa
- Chaiselongue

Joh. Botta

Möbel-Versandhaus
Bismarckstr. 20
Zweig-Geschäft
Adalbertstr. 16
Zahlungserleichterung.

PEUVAG

Papier-Erzeugungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Berlin

Filiale Breslau
Trebniitzer Str. 50

Abteilung:
Buchdruckerei

Wir stellen bei
sicherer Bestimmung

- Programme
- Eintrittskarten
- Briefbogen
- Plakate
- Rechnungen
- Flugblätter

lung alle Druckfachen
für
Private, Vereine
und Behörden

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Dienstag, 1. September
abends 8 Uhr

Zum 1. Male Riquette

Mittwoch, 2. September
und täglich 8 Uhr

Riquette

Heinrich Sindermann
Altwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Junges Mädchen welches die
Schneiderei
in 1 bis 1 Jahr erlernen will, melde
sich sofort bei Neutwig, Haalbertstr. 56.

Wochenspielplan

vom Sonnabend, d. 29. August bis Freitag, d. 11. September

Lobetheater

Mittwoch, d. 2. September
abends 8 Uhr

Erstaufführung!
„Gesellschaft“, Schauspiel
von John Galsworthy

Donnerstag, d. 3. September
bis Freitag, d. 11. September
abends 8 Uhr

„Gesellschaft“
Schauspiel
von John Galsworthy

Thaliatheater

Sonnabend, den 29. August
abends 8 Uhr

Erstaufführung!
„Meffelen“, Komödie
von Hans Alfred Rihu

Sonntag, den 30. August
bis Freitag, den 11. Sept.
abends 8 Uhr

„Meffelen“
Komödie
von Hans Alfred Rihu

Sieben-erzählen:

I. Erbe:

Die kapitalistischen Räuber und die Zollvorlage

Wichtiges Material für alle Kommunisten im
Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungss-
ystem. Kein Funktionär ohne diese wichtige
Broschüre

Preis nur 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Literaturstellen der
Partei oder direkt durch

Proletar. Literatur-Vertriebsstelle Schlesien

Max Sischöcker, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

Sonnabend, den 5. September 1925

im Luna-Park (Garten und großer Saal)

I. Arbeiter-Presse- Sommerfest

Ab 4 Uhr: **Großes Garten-Konzert**

unter freundlicher Mitwirkung des **Arbeiter-Symphonie-Orchesters Berlin**
und des **Gesangs-Chors „Eos“**

Im Garten: **Lustige Volksspiele** Wettlauf für groß und klein, Preisschießen,
Glücksrad, Topfschlagen, Fackelzug.

Jedes Kind erhält einen Luftballon gratis.

Große Tombola: 1. Hauptgewinn ein Herrenfahrrad. 2. Hauptgewinn eine Nähmaschine.

Ab 7 Uhr im großen Saale: **Festaufführung** (Konzert, Gesang, Rezitation,
Festspiel in einem Akt unter Mitwirkung des größten Ochsen, des
größten Esels und anderer großer Rindviecher).

Anschließend **TANZ** (2 Kapellen)

Einlaß 3 Uhr Anfang 4 Uhr Ende?

Zu diesem I. Arbeiter-Presse-Fest lade ich hiermit, allen Teilnehmern frohe und genussreiche
Stunden versprechend, die gesamte erwerbstätige Bevölkerung Breslaus herzlich ein

Das Festkomité.

Eintrittskarten à 20 Pf. plus 5 Pf. Steuer sind erhältlich bei allen Kolporteuren,
Obleuten, Funktionären in den Betrieben und Gewerkschaften, bei allen mit Plakaten
belegten Parteilokalitäten und Geschäften sowie im Buchhandel und Expedition der

Schlesischen Arbeiter-Zeitung, Breslau 10, Trebnitzerstr. 50.

Liebig- Theater

Ab Dienstag,
den 1. September
täglich 8 Uhr:

Das große
Eröffnungs-
Programm!

Operette
Herace Goldin

Der berühmte
Illusionist

H. v. Das Verjagen
einer Dame

Walter Steiner
Deutschlands
Meister-Humourist

Risteri und
Partner

Die Weltkristallion

3 Pepsens 3
Reue an 3 Fach. 1st

Luci und
Henni

Moderne Tänze

Juji-Familie
Der unerschrockene
Jugend

Das
Affentheater
von Harry Heides

Niel und
Martin

Humoristischer
Eben Seeds

Jongagier

Geschäfts-
Eröffnung!

Den geehrten Ein-
wohnern von Zirlan
Freiburg und Um-
gegend die erge-
bene Anzeige, daß
ich eine

Schneiderei-
Werkstatt

errichtet habe, ich
möchte Sie deshalb
meine neuen Unter-
schneidungen gütigst zu
untersuchen.

Hochachtungsvoll
Eugen Hinner
Zirlan Nr. 3

R. Königsberger Nach-
folger
Landesbut i. Schlef.

Einmaliges Angebot!
Holländischer Rauchtobak

Kanaster
100 g-Paket 0.20 Mk.
250 g-Paket 0.50 Mk.
Verkauf nur solange Vorrat

Leopold Siedner, Antonienstraße 8

Berufskleidung, Schuhwaren
Arbeiterkonfektion
Mollkestraße 9
im Hause des Mathias-Kino
Größte Auswahl G. Billigste Preise



J.K. NAUMOFF

Oktoberstage

ERINNERUNGEN AUS DER OKTOBERREVOLUTION 1917

Diese Erinnerungen führen mitten hinein in die großen Ereignisse des Ok-
tobers 1917 in Rußland. Sie führen uns dorthin, wo die Schlachten geschlagen
wurden, in die Arbeitergardie Petersburgs, in die unteren Organe der
russischen bolschewistischen Partei. Und das macht das Buch so ungeheuer
wertvoll. Es zeigt uns den Kampf der Bolschewisten, wie er ausgefochten
wurde von den einfachen Betriebsfunktionären, von den Mitgliedern der
Roten Garde. Und wenn in den riesenhaften Betriebsversammlungen der
Belegschaften nach den Reden der Kommunisten dröhnt, wenn die Wyborger
Arbeiter den Winterpalast stürmen und wenn die Arbeiterarmeen mar-
schieren, um Petersburg gegen Kerensky zu schützen, dann fühlen wir
durch Begeisterung und Spannung hindurch das Wirken der eisernen
Kohorte der russischen Revolution der KPR.

104 Seiten / Preis brosch. für Mitglieder 0.80 M., sonst 1 M.

VERLAG D. JUGENDINTERNATIONALE, BERLIN-SCHÖNEBERG

Leser!

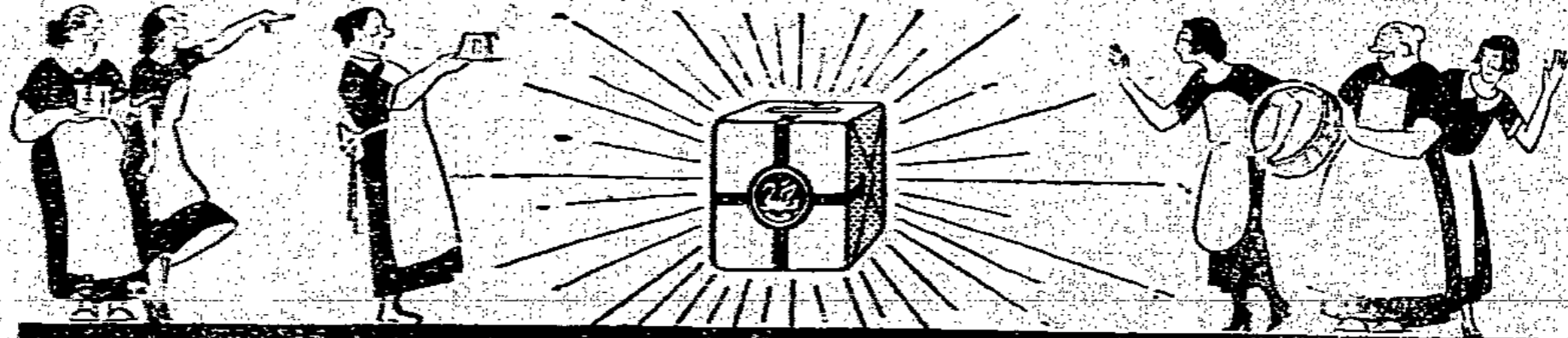
die den leghin abgedruckten
Roman

„Ein Arbeitermädel“
von Otto Müller Glösa

in Buchform besitzen möchten,
wollen sich per Postkarte an
den untenzeichneten Verlag
wenden.

Wer den Roman bis **31. Aug.**
bestellt, erhält ihn zum **Vor-
zugspreis von 2 Mark** nach
Fertigstellung der Buchaus-
gabe etwa Ende September.

KALMEUSER VERLAG RAUNHEIM/MAIN

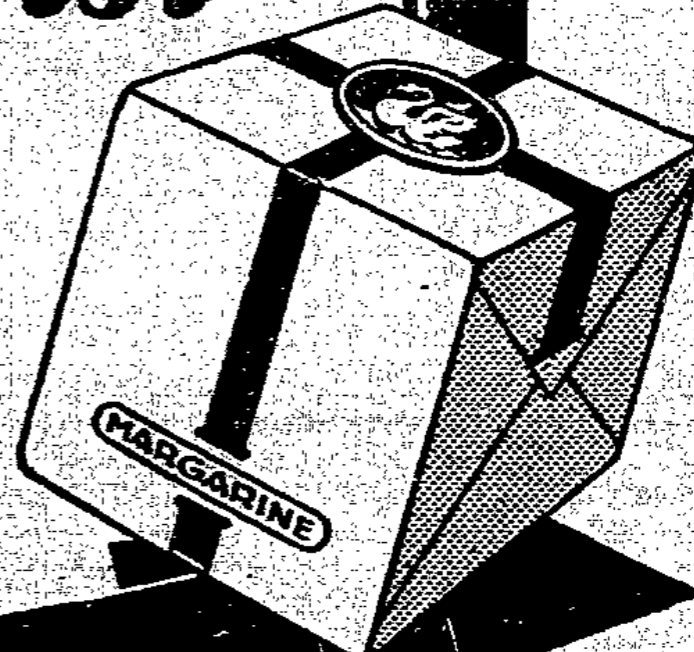


Vor Jahresfrist

wurde die neue Feinkostmargarine „Schwan im
Blaueband“ eingeführt. Was sie versprach, hat sie
gehalten! Dank ihrer vorzüglichen Eigenschaften hat
sie in Hunderttausenden deutscher Haushaltungen
Eingang und Anerkennung gefunden!

Im zweiten Jahre wird sie ihren alten Ruf befestigen
und den grossen Kreis ihrer Anhänger erweitern!

Wer sie noch nicht kennt, mache sofort einen Versuch;
er wird sich lohnen!



Schwan im Blaueband

FRISCH GEKIRNT

Oberbayern
Gartenstrasse 65

Täglich 8 Uhr:
Das beliebte

Rheinische
Possen-
Ensemble

Potratz Klein

Wer lachen will,
der komme!

Preise v. 30 Pf. a.

Bettbezüge

Betttücher, Zulets-
sandt, Hemden,
Unterzüge, fertige
Betten

stets gut und preisw.

Lohhaus

Trebnitzer Straße 21.

Furunkulose Flechten Ausschlag

Leidende verlangen
Gratiskaufkunft.
Viele Dankschreiben
vorhanden

Rud. Rinne
Sassnitz F. 806

12. Deutscher Gewerkschaftskongress

Sitzungsbericht

Stimmung des Tages

Wie die äußere Aufmachung des Kongresses war auch der Tätigkeitsbericht Leipartz. Die Delegierten befinden sich in „guter“ Obhut des Bundesvorstandes. Leipartz konnte sich erlauben, von der Festigung der republikanischen Staatsform seit Weipalg zu reden und eine „Drohung“ gegen die heutigen Anhänger des Staates auszusprechen und im gleichen Atemzuge den anwesenden Vertreter der Regierung um Entschuldigung zu bitten, wenn er dem Arbeitsminister sagt, daß dieser den Wünschen der Unternehmer nachgegeben habe. Es ist ja keine geschwängerte Atmosphäre, wie Breh vom Fabrikarbeiterverband sich auszuzeichnen beliebt. Die alten erfahrenen Gewerkschaftsführer sind unter sich. Man beunruhigt sich auf dem Kongress wie in einer anständigen Bürgerfamilie. Das Wort „Genosse“ ist verpöblich. Ein Diskussionsredner, der über die Genossenschaftsfrage sprach, begründete seine Äußerung „Genossen“ damit, daß er je nach dem Genossenschaftsgesetz dazu berechtigt sei. Man braucht nur das Material, das jeder Delegierte bekommen hat zu studieren, und das Rätsel löst sich da. Neben dem leidlichen Wohl -- die Verwaltung des Breslauer Gewerkschaftshauses hat es sich nicht nehmen lassen, jedem der Delegierten eine gedruckte Speisekarte feiner Material beizufügen -- ist gesorgt für Unterhaltung jeder Art. Unterhaltungskonzerte, Festaufführungen usw. wechseln ab mit einem Ausfluge mittels Sonderzuges nach dem Jobstengebirge. Es fehlt nur noch eine Vergütungssede während der Sitzung, und alles, was so ein „erfahrener“ und alter Gewerkschaftsführer auf einem Kongress braucht, ist vorhanden.

Der übergrasende Teil der anwesenden Delegierten sind Angestellte ihrer Organisationen, die in Verfallungen von der Arbeit des Proletariats reden, aber auf dem Kongress jede andere Meinung als die ihre von vornherein unmöglich zu machen versuchen. Das zeigte sich besonders, als zum Bericht Leipartz die kommunikativen Redner sprachen. Die vorherrschende Ruhe der Bürokratie war hin, als die Kommunisten den schärfsten Kampf gegen die Kapitalisten forderten und den Bericht des Bundesvorstandes einer rücksichtslosen Kritik unterzogen. Bemerkenswert ist, daß die Reden der Kommunisten, die nach Abschluß eines Artikles auf verlängerte Redezeit nur zehn Minuten sprechen konnten, mit starkem Beifall von den anwesenden Proleten auf der Tribüne aufgenommen wurden. Eine Warnung für die Gewerkschaftsbürokratie, den Bogen nicht zu überspannen.

1. Tag (Vormittagsitzung)

Eröffnung und Begrüßungsansprachen

Der Bundesvorsitzende Leipartz eröffnete den 12. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der im Gewerkschaftshaus Breslau tagt, um 10 Uhr. Er begrüßte die Regierung, die Vertreter der Stadt Breslau, der Behörden Schlesiens, die Delegierten, die in- und ausländischen Gäste und die Vertreter der Presse.

Bei Erwähnung der in der Berichtsperiode Verstorbenen gedankt er zuerst den „Kollegen“ Fröh Ebert. (Daß Ebert schon 1922 wegen gewerkschaftsschädlichem Verhalten aus seiner Gewerkschaft dem Verband der Galiler und Porteuilliers ausgeschlossen wurde, verschwieg Leipartz vorsichtigerweise.) Leipartz ergoß sich dann in das Lob, das in Breslau geboren wurde und kein der Bundesvorstand aus Anlaß des Kongresses einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife auf das Grab gelegt hätte. Er erinnerte weiter daran, daß auch Jork, der erste große deutsche Gewerkschaftsführer, in Breslau geboren ist.

In seinen weiteren Ausführungen geht Leipartz mit kurzen Worten auf die gegenwärtige Situation ein, erinnert an die großen Kämpfe, bezeichnet den Aufstieg der Arbeitgebervertände zum Bauarbeiterkampf als eine Provokation. Der Kongress werde sich eingehend mit der Lohnfrage und der Frage des Preisabbaues befassen. Wenn der Herr Reichsarbeiter an Preisabbau glaube, so können die Gewerkschaften diesen Gedanken nicht teilen. Im übrigen verlangt Leipartz, daß der Einfluß der Unternehmer auf die Regierung aufhören müsse, denn sie wäre nicht objektiv genug, während die Gewerkschaften bestehen hätten, daß sie für das allgemeine Wohl des ganzen deutschen Volkes nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit (!!!) eintreten.

Ruffert als Vertreter der Breslauer Gewerkschaften hält sodann eine Begrüßungsansprache, in der er wie ein echter Nationalist von den Vätern der Deutschen in einer Gedenkwort, sowie von den rauschenden Laub- und Nadelwäldern, den silbernen, sprudelnden Bächen Schlesiens spricht. Er erzählt dann einiges aus der Geschichte Schlesiens, erinnert mit einigen Worten an den Weberaufstand 1844. Doch von den Breslauer Gewerkschaften und Arbeitern der Gegenwart spricht er kein Wort.

Demgegenüber sprach die Rede des bürgerlichen Oberbürgermeisters von Breslau, Dr. Wagner, sehr vorteilhaft ab, denn er erinnerte an die große Not der Arbeitlosen, an die gegenwärtige Krise in der Wirtschaft, und ganz besonders in Breslau, und an die Schwierigkeiten, die Arbeitlosen zu helfen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministers sprach Dr. Eich. Er entschuldigte das Fernbleiben Dr. Braun's mit leeren Redensarten und spricht von vertrauensvollen parlamentarischen Beziehungen der Regierung mit den Gewerkschaften. Der sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien, Zimmer, sagt ebenfalls über die großen Not der Grenzländer Schlesiens und den Volkstumskampf mit den Polen. Er geht dann etwas näher auf die Arbeiterverhältnisse ein und leidet seine Wünsche in den Stoßsaufker: Ach wenn doch die Gegensätze zwischen den Arbeitern und Unternehmern recht friedlich ausgeglichen würden.

Mertens-Belgien begrüßt als Vertreter des A.O.B. Anwesende und im Namen sämtlicher ausländischer Gewerkschaftsvertreter den Kongress. Neben einigen leeren Redensarten über den Achtstundentag, die Erziehung der Jugend, die Auswanderungsfrage usw. war seine Rede sehr inhaltslos.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes sprach Donau. Er teilte u. a. mit, daß das Washingtoner Abkommen (Achtstundentag) bis jetzt nur von fünf Staaten ratifiziert wurde. Das britische Parlament hätte die Ratifizierung einstimmig beschlossen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß Deutschland ebenfalls ratifiziere. Das I.A.A. hätte großes Interesse am Achtstundentag. Es wünsche ein aktives Mitarbeiterdeutschland beim I.A.A., dann werde sich auch die Sprachenfrage selbst regeln. (Die deutsche Sprache wird nämlich beim A.O.B. Arbeitssatz grundsätzlich nicht zugelassen.)

Aufhäuser (A.O.B.) und Kallenberg (A.O.B.) rühmen im Namen ihrer Organisationen das gute Zusammenarbeiten mit dem A.O.B.

Damit waren die Begrüßungsansprachen in kaum einer Stunde beendet und es erfolgte die Wahl des Präsidiums.

Auf Vorschlag Waplow's werden als Vorsitzende bestimmt Leipartz, Brandes vom A.O.B. (bezeichnenderweise nicht Dikmann) und Schumann vom Verkehrsband. Es werden

weiter 6 Schriftführer bestimmt und die üblichen Kommissionen ernannt.

Bei Beratung der Geschäftsordnung beantragt Dikmann vom Bergarbeiterverband, daß mit Rücksicht auf die Tatsache, daß nur 315 Delegierte gegenüber 691 auf dem letzten Kongress anwesend seien, die Zahl der Delegierten zur Unterstützung eines Antrages von 50 auf 30 und die zum Erfordernis der namentlichen Abstimmung von 100 auf 60 herabgesetzt werden.

Breh (Fabrikarbeiter) spricht dagegen, weil auf dem diesmaligen Kongress keine so „konfliktgeschwängerte“ Luft wie in Leipzig herrsche, wäre die Herabsetzung der Zahlen nicht notwendig. Dikmann hält gerade wegen dem Nichtvorhandensein der „geschwängerten“ Luft die Herabsetzung der Unterstützungszahl für möglich und notwendig.

Mit knapper Mehrheit wird der Antrag Dikmann's für den die Metallarbeiter und Bergarbeiter geschlossen stimmten, abgelehnt.

Unter Punkt 1: Festlegung der Tagesordnung, werden alle von den verschiedenen Zahlstellen gestellten Anträge, die Frage der Gewerkschaftseinheit, des Achtstundentages, des Dawesplan, der Kriegsgefahr als besondere Punkte zu behandeln, insolge mangelnder Unterstützung gar nicht zur Debatte zugelassen und damit abgelehnt. Nicht genügend unterstützt und abgelehnt wird auch folgender von den Genossen Galm und Krauß eingebrachter Antrag:

„Im Hinblick auf die im ganzen Reich ausgebrochenen Wirtschaftskämpfe, Lohnbewegungen und Streiks beantragten wir, daß der Gewerkschaftskongress als ersten Punkt behandelt: Die Offensive des Kapitals und die Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften.“

Bei allen diesen Abstimmungen zeigt es sich, daß die Reformisten und SPD-Drahtzieher gut vorbereitet haben und daß es mit Ausnahme der wenigen Kommunisten keine Opposition gibt und vorausichtlich auch keine „Zwischenfälle“ zu erwarten sind. Sämtliche Abstimmungsanträge zur Tagesordnung waren in kaum einer Minute erledigt.

Es erfolgte sodann der von Leipartz erhaltene Bericht des Bundesvorstandes.

Leipartz beginnt seine Ausführungen mit der Erinnerung an den Rathenau-Mord während des Leipziger Kongresses. Mit dem Ruf „Kampf für die Republik gegen die monarchistische Reaktion“ wäre der Leipziger Kongress geschlossen worden. Auftragsgemäß hätte damals der Bundesvorstand nicht die Arbeiterparteien, der SPD, A.O.B. und A.P.D. Abwehrmaßnahmen beraten und Massendemonstrationen von gewalttätiger Größe veranstaltet. Doch es wäre damals sehr schnell zu Differenzen mit der SPD gekommen, und der Bundesvorstand hätte daraus die Überzeugung gewonnen, daß dies der letzte Versuch sein müßte, mit der SPD eine Einheitsfront zu machen, denn mit dieser Partei wäre eine Einheitsfront nie möglich, wenn sich die Gewerkschaften nicht unter die SPD unterordnen. Dieser Meinung wäre der Bundesvorstand auch noch heute. Dem Zusammenwirken des Bundesvorstandes mit der SPD wäre es dann zu danken gewesen, daß die 4 Gesetze im Reichstag (Gesetz zum Schutze der Republik, das Beamtengesetz, das Amtsentzugsgesetz als Auswirkung des Rathenau-Mordes beschlossen worden wären. Die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik hätte voll kommen verlagert, die Reaktion wäre stärker denn je. (Daß auf Grund des Republikanergesetzes und mit Hilfe sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer Tausende von Proletariats ins Zuchthaus geschickt, ja zum Tode verurteilt wurden, das zu erwähnen vermag Leipartz begreiflicherweise.)

Anschließend verteidigte sodann Leipartz die Aufgabe der politischen Neutralität des A.O.B. und dessen Koalitionsvertrag mit der SPD bei allen Anlässen und ganz besonders bei den Wahlen. (Das Lebensinteresse des Proletariats hätte den Bundesvorstand dazu gezwungen, die SPD wäre die einzige und wirkliche Arbeiterpartei.) Mit der SPD verteidigen die Gewerkschaften die republikanische Staatsform, die heute fester begründet wäre, als vor drei Jahren, wenn auch die Form noch mehr als bisher mit sozialdemokratischem Inhalt erfüllt werden müßte. Die Herrschenden sollen daran denken, daß die Gewerkschaften es waren, die nach der Revolution und in Zeiten der Verwirrung den Staat gerettet und die Ordnung aufrecht erhalten hätten.

In der Not der Inflation hat man sehr oft den A.O.B. für eine Organisation, die alles tun und überall helfen könnte, wenn sie nur wollte, betrachtet, aber unsere schwachen Kräfte reichen nicht aus und die übertriebenen Erwartungen haben dann zu Enttäuschungen und Angriffen gegen den A.O.B. geführt. Wenn aber jene, die uns damals durch allerlei Versprechen die Herabsetzung des Generalstreiks anpöbelten, Vorwürfe machen, so sagen wir: Unsere Taktik war richtig. Wir konnten die Existenz der Gewerkschaften nicht aufs Spiel setzen. Wenn die Reaktion heute wieder erwartet ist, so ist sie das „mit Hilfe der Kommunisten“. Wir haben zwar auch darunter zu leiden, haben aber dafür keine Verantwortung.

Er sprach dann über die verschiedenen Sozialgesetze und behauptete über die Arbeitslosigkeit, wie die Gewerkschaften stets alles getan hätten, um die Not zu lindern, aber die Einsetzung einer gemeinsamen Steuerkommission des A.O.B., der A.P.D. und der SPD. Er sagt dann über das „Unrecht“, das die Regierung und Reichstag begangen hätten, indem sie die guten Vorschläge dieser Steuerkommission nicht angenommen, sondern die hohen Zoll- und Steuererlöse geschaffen hätten.

Leipartz geht sodann auf die Folgen dieser Zoll- und Steuererlöshöhe, auf die Lohnkämpfe und auf die allgemeine Verschärfung der Kämpfe ein, wobei er sich gegenüber den Regierungsvorstellern immer und immer wieder entschuldigend, daß an der Verschärfung nicht der A.O.B. schuldig wäre. „Es bleibt leider nichts anderes übrig, als durch Lohnkämpfe den Ausgleich zu schaffen.“ Er verlangt dann von den Führern des Staats, daß sie sich auf die Seite der Arbeiter stellen. (Diese Aktivität kann sich Leipartz erlauben lassen.) Er sagt weiter, die Staatsmänner handeln nicht im Interesse des Volkes, während wir vom A.O.B. uns der Verantwortung gegenüber dem Staat (gegenüber dem kapitalistischen) wohl bewußt sind. Keine Interessentvertretung hat soviel Rücksicht auf den Staat genommen als der A.O.B. (Sehr richtig! D. A.) deshalb sind auch sehr oft die Massen mit uns unzufrieden. Wörtlich sagt Leipartz: „Wer können wir auch -- bitte um Entschuldigung, Herr Staatssekretär -- nicht unterlassen, hier festzustellen, daß das Arbeitsministerium den Einflüssen der Unternehmer zu viel Geför geschenkt hat. Denn leider wurden vom Arbeitsministerium die Vermögensverordnungen aufgegeben und damit der Achtstundentag beseitigt (daß die A.O.B. und die SPD-Führer die Regierung und den Arbeitsminister erst dazu durch Umahme des Vermögensgesetzes beauftragten, darüber spricht Leipartz nicht.)

Ich will dem Herrn Reichsarbeitsminister getn glauben.

hast er die Arbeiter nicht schütten wollen (!!!), daß er von der Überzeugung ausgeht, von Umständen der Wirtschaft zu brennen.“

Leipartz sagt dann weiter, daß die Regierung es nicht für ihre Pflicht halte, den Achtstundentag durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wieder herzustellen, es auch nicht für ihre Pflicht halte, den Arbeitern zu ausreichender Lohnen zu verhelfen. (Wohlverstanden, eine rein kapitalistische Regierung soll das machen!) Leipartz erklärte: „Es wäre noch verpöblich, auch zu betonen, was wir von Seiten des A.O.B. zur Abwehr gegen den Raub des Achtstundentages getan haben, doch meine Zeit reicht dazu nicht aus.“ (Dazu hätte er nicht viel Zeit gebraucht, denn getan wurde so gut wie nichts.) Am ja nicht „mißverständlich“ zu werden, belächelte Leipartz immer wieder, daß der A.O.B. nicht am gewaltsamen Achtstundentag festhalten wolle (dieser Stellungnahme haben faktisch die Gewerkschaftsführer den Achtstundentag preisgegeben und verzaten). Nur mit zwei Worten erwähnt er den Volkentscheid für den Achtstundentag -- der A.O.B. fürchtet selbst diese Volksumragung und will jetzt seine jahrelange Schwindschmähpropaganda in Vergessenheit geraten lassen.

Den vielen Forderungen und Parolen von bestimmter Seite (er meint die Kommunisten), die Massen für den Kampf zu mobilisieren, müsse man sehr mißtraulich gegenübersehen, die beste Massenmobilisation wäre der Eintritt aller Arbeiter in die Gewerkschaften (Zuruf: Ihr Schließt sie ja auch!).

Zur Frage der Gewerkschaftseinheit weist Leipartz nicht anderes, als die alten, schon tausendmal wiederholten Schwindschmähreden und Verleumdungen gegen die A.O.B. und die Kommunisten zu verlesen. Unter vollkommener Verweigerung der Tatsachen behauptete er, daß die russischen Gewerkschaften die Befreiung der Einheit mit dem A.O.B. abgelehnt haben und daß anzunehmen sei, daß die A.O.B. und die Kommunisten noch wie vor den A.O.B. und die Gewerkschaften gesöhren wollen. (Daß die Einheit nur daran scheiterte, weil die rechten Arbeiterdamer den bedingungslosen Anschluß an den A.O.B. verlangten, aber jede Verschmelzung mit vorheriger Beratung abgelehnten, verschweig Leipartz.) Nach demagogischer Zitterung einzelner, aus dem Zusammenhange gerissener Rosovski- und Sibirjew-Zitate erklärte Leipartz:

„Wir sind in Deutschland nicht in der Lage, der kommunistischen Einheitsparole zu folgen.“

Zum Schluß sprach Leipartz noch über die Wohnungsnot und die Bauwirtschaft und die soziale Bauhüttenbewegung, für die er sich kräftig einsetzte.

Mit ein paar Worten erwähnte er auch noch den Mitgläuberrückgang von 8 Millionen auf 4 Millionen, an dem die Gewerkschaftsleitungen schuldlos wären (!). Er ermahnt alle Gewerkschaftsfunktionäre, die weiblichen Mitglieder stärker heranzuziehen und schließt mit der Aufforderung, die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen und Anträge, zu den verschiedenen Fragen anzunehmen.

Schluß der Vormittagsitzung.

1. Tag (Nachmittagsitzung)

Es sprechen zuerst je ein Vertreter der Konsumvereine (Soffmann) und der Volksfürsorge (Leisch), die für ein enges Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit ihren Organisationen eintreten. Der Konsumvereinsvertreter hätte sich aber, auf die vielen Angriffe aus den Mitgliederkreisen der Gewerkschaften gegen die Genossenschaftsbürokratie wegen ihrer Mitgliedschaft bei Arbeitgeberverbänden, ihrem Bestreben, den Achtstundentag zu befechtigen und die Löhne herabzubrüden, einzugehen.

Genosse Galm-Offenbach stellt folgenden Antrag:

„Der Kollege Leipartz hat in dem Bericht des Bundesvorstandes die Gewerkschaftsrichtung besonders angegriffen, die die internationale Gewerkschaftseinheit und stärkere Handhabung der gewerkschaftlichen Macht fordern. Es ist ausgeschlossen, daß man in einer Rebezeit von 10 Minuten zu diesen wichtigen Punkten Stellung nehmen kann. Ich beantrage daher für einen Vertreter dieser Richtung verlängerte Rebezeit.“

Doch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten abgelehnt.

Abschließung fast sämtlicher Mitgliederanträge

Vor Eintritt in die Diskussion stellte Brandes für die 42. zum Bericht des Bundesvorstandes gestellten Anträge die Unterstützungsfrage. Ohne jegliche Debatte wurden davon 34 Anträge, die von insgesamt 110 Verwaltungsstellen der Gewerkschaften gestellt waren, nicht genügend unterstützt und damit „verleibigt“, d. h. nicht zur Debatte zugelassen. Dieser Gewaltstreik charakterisiert am besten den Geist, der auf dem Gewerkschaftskongress herrscht. Die von wenigen SPD-Drahtziehern beherrschte Kongressmehrheit will nicht einmal die Stimme der Mitglieder hören, geschweige denn ihre Vorschläge ernstlich beraten oder annehmen. Es sind dadurch fast sämtliche Anträge zur Gewerkschaftseinheit, zum Kampfe um den Achtstundentag, Kampf gegen das Schlachtungsunwesen, Entsendung einer Rufstundendelegation usw. mit einer Handbewegung abgelehnt. Es sind darunter nicht nur von Kommunisten, sondern auch von sozialdemokratischen Arbeitern gestellte Anträge, wie der Antrag, der vom A.O.B. Abrechnung über die zum Volkentscheid gesammelten Gelder, ein sozialdemokratischer Antrag der Leipziger Verwaltungsstelle, der fordert, daß ultimativ der Achtstundentag von der Reichsregierung verlangt wird und im Ablehnungsfalle der Generalstreik von den Gewerkschaften erklärt wird.

Dikmann begründete sodann mit großem Pathos den vom D.M.V. Beitrag gestellten Antrag, die Regierung aufzufordern, innerhalb einer kurzen Frist eine Vorlage zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einzubringen und im Ablehnungsfalle unbedingt eine Volksabstimmung herbeizuführen. Irgendwelche praktischen Vorschläge für einen wirklichen Kampf um den Achtstundentag machte Dikmann trotz aller radikalen Phrasen nicht. Er bemühte sich nur, den Nachweis zu erbringen, daß die Unternehmer bei Einführung des Achtstundentages keinen Schaden hätten. Sein U und O war, daß der Bundesvorstand unbedingt den Volkentscheid durchzuführen müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau

Löhne und Selbstkosten im Baugewerbe.

Die Bauarbeiter sind in starkem Maße Saisonarbeiter. Deswegen sind die Bauarbeiterlöhne dem Anschein nach höher als in manchen anderen Berufen. Trotzdem haben sie, entgegen den Behauptungen der Unternehmer, noch nicht den Vorkriegsstand erreicht. Das ergibt sich, wenn man die vor dem Streik gezahlten Wochenlöhne mit den Vorkriegslohnen und der Preissteigerung vergleicht.

Wochenlöhne im Baugewerbe in Mark (im Reichsdurchschnitt):

	Maurer	Hilfsbauarbeiter	Tiefbauarbeiter
1914	35,70	28,90	27,50
1925 (Juni)	48,20	41,10	37,07
1914 — 100	136	143	139

(Grundstein, Nr. 28 d. J.)

Die Wochenlöhne sind also nominell um 36—43 % gestiegen; die Kleinhandelspreise sind aber gleichzeitig (Juni 1925) gegenüber 1913, nach amtlichen Feststellungen um 46,1 % gestiegen. In Wirklichkeit sicher noch mehr. Somit sind die Vorkriegsrealöhne noch nicht erreicht. Die jüngste Preissteigerung, im Zusammenhang mit den Schutzzöllen, verstärkt die Differenz noch. Durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter wollen die deutschen Unternehmer, trotz Reparationen und Daweskontrolle, trotz schwerer Krisenerscheinungen und Absatzstößen, dennoch auf Kosten der Arbeiter genügend Profite erzielen. Das ist der Grund des zeh seit Wochen geführten Bauarbeiterstreiks.

Die Bauunternehmer behaupten nun, daß die Leistungen der Bauarbeiter heute, gegenüber der Vorkriegszeit, bei längerer Arbeitszeit, geringer seien. Das ist falsch. Der Lohnanteil bei den Ausgaben der Unternehmer ist nicht größer, sondern kleiner geworden. Das beweisen selbst von bürgerlicher Seite aufgemachte, sonst immer schwer geheimegehaltene Selbstkostenberechnungen.

Der bürgerliche Architekt Franz Schimkat hat eine Gegenüberstellung der Selbstkosten eines Hauses im Jahre 1913 und 1925 aufgestellt. Diese Angaben, wenn sie zwar nur einen sehr begrenzten Einblick in die Veränderungen der Selbstkostenhöhe beim Bau gegenüber der Vorkriegszeit geben, zeigen dennoch die Entwicklungstendenzen auf.

Im allgemeinen setzen sich die Kosten eines Gebäudes in der Vorkriegszeit aus 45 % Arbeitslohn und 55 % Baustoffen zusammen. Wenn man nun bei Baustoffen und Arbeitslohn die Preiserhöhungen seit 1913 anrechnet, kann man ungefähr die durchschnittlichen Baukosten von heute berechnen. Schimkat nimmt hierbei an, daß es sich um den Bau eines Beamtenhauses mit 1 bis 3 Zimmern, Bad, Küche usw. handelt.

Die Baustoffe bestehen aus etwa

- 30 % Steine und ähnliche Baustoffe.
- 30 % Holz und ähnliche Baustoffe.
- 20 % Eisen und ähnliche Baustoffe.
- 20 % Zink, Tapeten, Malerfarben u. a.

Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich, nach Schimkat, die Lohnausgaben erhöht:

- Lohnauszahlung um 32 %
- Soziale Lasten 5 %
- Geringere Arbeitsleistung 10 %
- 47 %**

Hierbei ist der Maurerlohn für

- Zimmerleute der Friedenslohn 0,83 Mk. pro Std., jetzt 0,96 Mk.
- Arbeiter der Friedenslohn 0,50 Mk. pro Std., jetzt 0,77 Mk.
- Sonstige Arbeiter d. Friedensl. 0,62 Mk. pro Std., jetzt 0,90 Mk.

Die Baustoffpreise haben sich gegenüber der Vorkriegszeit erhöht:

- Steine und ähnliche Baustoffe von 21.— auf 53.— Mk.
- Holz und ähnliche Baustoffe von 54.— auf 90.— Mk.
- Eisen und ähnliche Baustoffe von 14,25 auf 15,50 Mk.
- Zink, Tapeten, Malerfarben u. a. um 100.— Mk.

Oben ist der prozentuale Anteil der einzelnen Baustoffe an den gesamten Baustoffkosten verzeichnet. Es läßt sich also auf Grund der Erhöhung der einzelnen Baustoffpreise der prozentuale Zuschlag der einzelnen Baustoffpreiserhöhungen, auf die gesamten Baustoffkosten von 1913 bezogen, entsprechend der obigen prozentualen Anteile an den Gesamtkosten, errechnen.

Zuschlag auf die gesamten Baustoffkosten von 1913

- Steine u. ähnliche Baustoffe v. 21.— auf 53.— = 46 % Zuschlag
- Holz u. ähnliche Baustoffe v. 54.— auf 90.— = 21 % Zuschlag
- Eisen u. ähnliche Baustoffe v. 14,25 auf 15,50 = 2 % Zuschlag
- Zink, Tapeten, Malerfarben usw. um 100 höher = 26 % Zuschlag
- 89 %**

Es ergibt sich daraus, daß gegenüber der Vorkriegszeit ein Kubikmeter umbauten Raumes kostet:

- Lohnanteil 1913 8.— Mk.
- Lohnanteil, Mehrausgaben 1925 2,56 Mk.
- Soziale Lasten und geringere Arbeitsleistung 1,20 Mk.
- Baustoffanteil 1913 9,50 Mk.
- Baustoffanteil, Mehrausgaben 1925 8,36 Mk.
- Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes 29,62 Mk.

Diese Schimkatsche Berechnung ist insoweit unseres Erachtens nicht richtig, als es völlig unmöglich ist, gegenüber der Vorkriegszeit eine geringere Arbeitsleistung anzusetzen. Denn auch im Baugewerbe, besonders in den Großunternehmungen, sind gegenüber der Vorkriegszeit eine Reihe neuer Vorrichtungen, Apparate usw. in Benutzung, die die Produktivität der Arbeit, die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters erhöhen. Sogar wenn man, infolge schlechterer Ernährung eine geringere Intensität der Arbeit gegenüber der Vorkriegszeit annimmt, würde dies durch jene Entwicklung mehr als ausgeglichen. Berücksichtigt man diese Feststellung, so würde sich eine Entwicklungstendenz, die auch in jener Berechnung schon zum Ausdruck kommt, noch viel stärker zeigen. Es zeigt sich ein starker Rückgang des Lohnanteils in den Baukosten:

In der Vorkriegszeit: 1925:

Anteil der Baustoffe in % der gesamten Ausgaben	1913	1925
Anteil der Lohnausgaben in % der gesamten Ausgaben	54,3	61,6
Anteil der Lohnausgaben in % der gesamten Ausgaben	45,7	36,4

Schimkat hat die sozialen Lasten, die von den Unternehmern getragen werden, als Lohnausgaben angesetzt. Dies haben wir nicht getan, da unter Lohnausgaben nur die tatsächlich ausgezahlten Löhne berechnet werden können. Sonst könnte der Begriff „Lohnausgaben“ der Sammelplatz für alle möglichen direkten oder indirekten „sozialen“ Ausgaben (und was versteht man heute nicht unter „sozial“) werden.

Es zeigt sich, daß auch Schimkat zu einer Senkung des Lohnanteils um 9,3 % der Selbstkosten gegenüber der Vorkriegszeit gekommen ist. In Wirklichkeit ist dieser Rückgang aus oben genannten Gründen noch viel höher.

Der Rückgang des Lohnanteils in anderen Gewerben ist noch größer als im Baugewerbe, weil im Baugewerbe die Realöhne im Vergleich zu den Löhnen in den übrigen Gewerben nicht so stark gegenüber der Vorkriegszeit gesunken sind.

*) Baugew. Heft 7, 1925

Die deutschen Kulilöhne, Teuerung und Krisenerscheinungen.

Löhne.

Die Löhne der deutschen Arbeiter stehen weit unter Weltniveau. Das wird von den deutschen Unternehmern in ihrer Presse zum Teil bestritten; oder es wird der Unterschied zwischen den deutschen und den Auslandslohnen als nur gering hingestellt. Demgegenüber seien einige Zahlen gebracht, die die deutschen Löhne als Kulilöhne bestätigen.

Das Internationale Arbeitsamt, eine den Unternehmern gewiß nicht feindlich gesinnte Stelle, gibt dazu folgende Zahlen („Internationale Rundschau der Arbeit“):

Meßziffern des relativen Standes der Realöhne in verschiedenen Städten*)

Grundlage: Berlin = 100.)

Allgemeiner Durchschnitt der Meßziffern.

Nur auf Nahrungs- Unter Berücksichtigung mittelst beruhend der Miete

Berlin	100	100
London	158	153
Philadelphia (USA.)	350	336
Paris	117	114
Amsterdam	134	130
Stockholm	127	120
Wien	73	90

Diese Zahlen, festgestellt von einer bürgerlichen Organisation, zeigen, daß in den Vereinigten Staaten (Philadelphia) die Realöhne etwa 3½ mal so hoch wie in Berlin und immer noch über zweimal so hoch wie in London sind, und zwar nicht einfach dem Dollarwerte im Verhältnis zum Markkurs entsprechend, sondern real. Das heißt: der Arbeiter kann sich in Philadelphia mit seinem Lohne ungefähr 3½ mal soviel kaufen, wie in Berlin.

Mit Ausnahme von Oesterreich sind in allen oben aufgezählten Großstädten die Realöhne bedeutend höher als in Berlin.

Die ausländischen Industriellen, die mit den deutschen im Konkurrenzkampf stehen, beschweren sich bitter über die deutsche Schleuderkonkurrenz, ermöglicht durch die niedrigen deutschen Löhne. Mit Hinweis auf die niedrigen deutschen Löhne versuchen sie, auch die Löhne der ausländischen Arbeiter entsprechend zu drücken. Nach der englischen Zeitschrift „Engineer“ werden z. B. im Schiffbau, auf den Werften, in Deutschland, England, Holland und den Vereinigten Staaten von Amerika folgende Löhne gezahlt:

Wochenlöhne im Schiffbau in Dollar:

	England (47-St.-W.)	Holland	Deutschland (54-St.-W.)	Ver. Staaten v. Amerika
Kesselschmied	20,45	14,28	8,10	34,56
Schmied	16,22	14,52	8,10	40,28
Maschinist	16,22	14,52	8,10	34,56
Zimmerleute	16,22	15,24	8,10	34,56
Modellmacher	19,04	16,10	8,10	38,40
Tischler	16,22	14,28	8,10	34,56
Elektriker	16,22	15,00	8,10	34,56
Arbeiter	12,69	12,38	6,48	23,00
Durchschnittlich	16,69	14,55	7,90	34,31

In Hundertzahlen 100 57 47,5 206

Danach werden im kleinen Holland um 75 bis 100 Prozent höhere Löhne als in Deutschland bezahlt. In England sind sie sogar 100 bis 150 Prozent und in Amerika 300 bis 400 Prozent höher. Wieder sind das nicht nur nominell höhere Löhne; denn im Vergleich zu 1913 sind die Preise in Deutschland ziemlich ebenso stark gestiegen wie die Preise im Ausland.

Preise.

Großhandelspreise 1913 = 100.

	England	Deutschland
Mai 1925:	159,0	131,9
Juni 1925:	157,7	133,8
Juli 1925:		134,8

	Holland	Ver. Staaten v. Amerika
Mai 1925:	151,2	155,2
Juni 1925:	153,0	157,4

Preissteigerung und Kartelle

Die jüngsten Preissteigerungen sind zum großen Teil schon die Folge der im Reichstag angenommenen Schutzzölle. Sie sind aber dennoch nicht die alleinige Ursache für die wachsende Preiswelle.

Wir haben in wichtigen Industriezweigen in Deutschland eine „Ueberproduktion“. — Wieso sinken nicht die Verkaufspreise entsprechend dem größeren Angebot? Die Absatzmöglichkeiten haben innerhalb Deutschlands durch die geringen Löhne und die Preissteigerungen abgenommen. Gleichzeitig sind die Ausfuhrmöglichkeiten äußerst gering. Die meisten Industriegesellschaften stellen fest, daß sie nur 30 bis 40 bis 50 Prozent der Vorkriegsausfuhr erreichen.

Somit besteht erhöhtes Angebot bei verringerter Nachfrage. Trotzdem sinken die Preise nicht, sie steigen vielmehr. In den meisten Industrien bestehen Preiskartelle, Zusammenschlüsse der beherrschenden Industriellen. Diese setzen die Preise so fest, daß die am teuersten produzierenden Werke noch angemessene Profite erzielen. Trotzdem, angesichts der geringen Geldumläufe bei niedrigen Verkaufszahlen und starkem Kreditmangel, krischt es in den meisten Industrien unternehmungen. Eine Ausnahme hiervon machen einige Unternehmungen und Industriezweige, die besonders qualifizierte Waren herstellen oder natürliche Produktionsvorteile ausnutzen. Es sind dies in der Hauptsache die Kaliindustrie, die chemische Industrie, die Elektroindustrie, der Braunkohlenbergbau, das Brauereigewerbe und einzelne Zweige der Fabrikation von Spezialmaschinen.

Die übrigen Industrien leiden dagegen unter der Absatznot. In den wichtigsten Industrien erfolgt die Preisbildung durch Kartelle und Syndikate. Es seien nur einige Preiskartelle der Industrien angeführt:

- Ruhrkohlsyndikat;
- Roheisensyndikat;
- Verband deutscher Dachpappenfabrikanten;
- Toaröhrensyndikat;
- Verband Deutscher Gärtnereibereiter;
- Deutscher Präzisionswerkzeug-Verband;
- Roheisenverband;
- Papierkonvention;
- Verband deutscher Druckpapierfabrikanten;
- Konvention der deutschen Erzeuger von Beleuchtungskörpern.

Lebensmittel-Kleinhandelspreise.

	England VII. 1914 = 100	Deutschland 1913/14 = 100
Mai 1925:	166,0	141,4
Juni 1925:	167,0	146,1

	Holland 1913 = 100	Ver. Staaten v. Amerika 1913 = 100
Mai 1925:	146,0	148,0
Juni 1925:		151,0

Danach sind laut amtlicher Berechnung die Kleinhandelspreise, die Preise für Lebensmittel in Deutschland um etwa 46 Prozent gegenüber 1913 gestiegen. Diese Steigerung ist fast so hoch wie in den übrigen Ländern mit nicht entwerteter Währung. Denn in Frankreich usw. sind die Preise als Folge der Inflation viel stärker gestiegen und noch weiter im Steigen. Die jüngste Preissteigerung in Deutschland wird die letzte Spanne beseitigen. Die niedrigen deutschen Löhne werden also nicht durch einen niedrigeren Preisstand in Deutschland, im Verhältnis zum Ausland, ausgeglichen.

Die Daves-Eisenbahnen, die Bauunternehmer berufen sich auf Luthers famose Versprechung, daß am 1. Oktober die Preissteigerung losgeht, um bei der Kostensenkung mit den Löhnen anzufangen.

Desgleichen fordern die deutschen Unternehmer zum Teil weitere Senkung der Realöhne. Die Bergwerksindustrien z. B. fordern eine halbe Stunde längere Arbeitszeit, geringe Lohnerhöhungen müssen erst durch Streiks erkämpft werden.

Die deutschen Unternehmer behaupten, daß sie bei höheren Löhnen mit der ausländischen Industrie nicht mehr konkurrieren können, weniger exportieren würden und somit einen Teil der Betriebe stilllegen, die Arbeiter entlassen müßten. Das ist frecher Humbug; denn der geringe Auslandsabsatz ist nicht etwa die Folge der „hohen“ deutschen Löhne. Durch die niedrigen deutschen Löhne sinkt der Konsum in Deutschland und damit die Absatzmöglichkeit innerhalb Deutschlands. Soll die Produktion trotzdem ohne Absatzstößen weitergehen, so müßte entsprechend der Export gesteigert werden. Das ist aber auf Grund der heutigen Lage des Weltmarktes nur in sehr geringem Maße möglich. Wohl nehmen zum Teil die ausländischen Kapitalisten hochwertige deutsche Waren, in denen viel deutsche unterbezahlte Arbeit steckt, gerne auf; denn auf Grund der deutschen Kulilöhne bekommen sie diese Waren weit unter Auslandspreisen; sie selbst können sie nicht ebenso billig produzieren. Aber auch diese deutschen Schleudergüter nehmen sie nur insoweit auf, als ihre eigenen Industrien, die dieselben Waren produzieren, nicht allzu stark dadurch geschädigt werden. Dann werden durch Staats-subsidien, Schutzzölle die betreffenden Industrien so unterstützt, daß sie trotz des deutschen Lohndumpings konkurrenzfähig bleiben. Das deutsche Lohndumping wird dadurch unwirksam. Die deutschen Industriellen können nicht entsprechend ihre Ausfuhr steigern. Aus Deutschland wird jetzt erst rund die Hälfte des Vorkriegsexports ausgeführt. Neue Absatzmärkte oder Kolonien kann der deutsche Kapitalismus zunächst und zumal ohne Genehmigung des amerikanischen Kapitalismus nicht erhalten.

Aus diesen Tatsachen ziehen die deutschen Industriellen immer wieder nur die Schlußfolgerung, zunächst die Realöhne der Arbeiter und weiter das Realeinkommen der Mittelschichten immer weiter herabzudrücken. Es sollen die Profite der Industriellen je Wareneinheit so hoch sein, daß auch bei stockendem, nur geringem Absatz sie an den geringen Verkäufen noch genügend und reichlich verdienen. Dieser Politik dienen vor allem die Kartelle und Syndikate. Vor allem gilt es von der Politik des Ruhrkohlsyndikats. Es lagern augenblicklich für ungefähr 150 Millionen Mark Syndikatskohlen auf den Halden. Eher kann sich die Kohle auf den Halden entwerfen, eher werden die Bergarbeiter auf die Straße gesetzt und ihre Löhne weiter gekürzt, als daß die Bergherren auf einen Teil ihrer Profite verzichten.

Die vom Bürgerblock-Reichstag angenommenen Schutzzölle haben die Aufgabe, die Profitpolitik der Kartelle zu sichern. Die jüngste Preiswelle zeigt, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden.

*) Am 1. Oktober 1924.

Die Verteuerung durch die Preiskartelle der Unternehmer, die sich vor allem in der Rohstoff- und Halbfabrikateindustrie gebildet haben, kommt auch darin zum Ausdruck, daß in Deutschland, im Vergleich mit den Auslandspreisen, die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate viel höher liegen als die Preise für die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie. Dadurch, daß in der verarbeitenden Industrie zahlreiche kleinere Unternehmungen und Betriebe arbeiten können, hier Preiskartelle nicht in demselben Maße und mit derselben strikten Organisation gebildet werden.

Preise für Rohstoffe und Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie in Deutschland und im Ausland.

Gießerei-Roheisen in Mark je Tonne.

	Deutschland	England	Frankreich	U.S.A.
Juli 1914	69,50	51,44	66,42	60,04
Januar 1925	89,—	79,34	70,22	103,26
März 1925	91,—	76,86	73,54	100,35
Mai 1925	91,—	76,23	74,80	89,50
Juni 1925	91,—	74,05	69,01	87,86
Anfang Juli 1925	91,—	71,82	67,96	87,86

Träger in Mark je Tonne.

	Deutschland	England	Frankreich	U.S.A.
März 1914	110,—	133,18	131,63	103,70
Januar 1925	132,94	187,78	110,54	196,31
März 1925	129,60	177,74	108,78	194,46
Mai 1925	132,05	165,77	108,40	185,18
Juni 1925	131,65	165,77	100,—	185,18
Anfang Juli 1925	—	165,77	98,49	185,18

(„Wirtschaft und Statistik“.)

Roheisen kostet in Deutschland 26,3 % mehr als in England; Eisenträger dagegen schon ein Fabrikat der verarbeitenden Industrie, kosten 20,6 % weniger als in England und 29,2 % weniger als in Amerika. Die französischen Preise sind durch die Frankentwertung niedriger. Wenn auch für die vertikal organisierten Konzerne, welche verarbeiten und Roheisen produzieren, die Preisspanne bedeutungslos ist, so bestärkt sie dennoch die Tätigkeit des Roheisensyndikats. Soweit die verarbeitende Industrie Waren für den Konsum der Massen produziert, wird die Preissteigerung durch die Kartelle allerdings voll auf die letzten Käufer, die Massen abgewälzt (jüngste Preissteigerung!).

Metropole des Ostens

So nennt der Vorstand des A.O.B. Zeitschrift in seinem Artikel zum Gewerkschaftskongress Breslau, die Stadt, in der unerschütterlich der Deutsche Gewerkschaftskongress stattfindet. Diese Bezeichnung, die die Stadt der Stadt Breslau gegeben hat, ist nicht ganz neu. Wir haben sie schon auf Messen, Plakaten und sonstigen Reklameflächen. Möglich, daß manchem Breslauer Arbeiter das Herz darob höher schlägt. Die Breslauer Arbeiter haben nur das Neuere gilt, die nur bei ihrem Malzfaß auf den „Gehalt“ achten, haben sich über diese drei Worte von der „Metropole“ bestimmt gefreut. Denn die guten Breslauer haben sich die rühmlichste Nähe gegeben, ihre Stadt der „Metropole“ der Mitte. Berlin, getreulich amüßig. Und wer wollte wohl behaupten, daß ihnen das nicht gelungen wäre! Ist nicht die Strafen- und Maß-Bezeichnung der Berlin getreulich nachgebildet? Ist nicht auch in Breslau dieselbe Schwärmererei für Puppen-alien und Vorkommnissen? Auch sonst mag die Bezeichnung in mancherlei Hinsicht zutreffen. Die oberösterreichischen Bergwerke und Hochgrünbacher besaßen hier früher einen Teil ihrer besten Profite. „hier leben sie sich aus“, weil sie hier bei einigen Betriebsunfällen der Liebe“ von der „Hauptstadt“ entbunden sind. Die Breslauer Bürger sind dieselben treuen Anhängern geblieben, die sie vor hundert Jahren gewesen sind, als sie den kühnen König von Preußen in ihren Mauern beherbergten. Von diesem Patriosismus können auch die kommunistischen Sekretäre aus der illegalen Zeit ein Liedchen singen, da die Breslauer politische Polizei in zarter Selbstkenntnis ihrer „Schwächen“ die gesamte Bevölkerung, besonders die Zimmervermietenden, zur Kommunistenjagd zur Hilfe nahm. Der nötige Prozentlag, Erblichkeit, Bigotterie, Juren- und Lumpenproletariat ist in Breslau tatsächlich vorhanden, und in dieser Beziehung lassen wir es gelten: Metropole des Ostens!

Aber an die Breslauer Arbeiter hat Zeitschrift, als er seinen Artikel schrieb, sicher nicht gedacht. Wir sind nicht gefällig genug, um ihm das zu unterstellen. Wenn man bei dem Wort Ostens an recht finstere Zustände denkt, dann möchte man es auch hier gelten lassen. Aber tatsächlich hat die Breslauer Arbeiterbewegung noch sehr viel Arbeit, bevor Breslau zu einer Metropole der Arbeiterbewegung wird. Zwar hat die sozialdemokratische Partei eine große Anzahl von Mitgliedern, aber wir sehen uns gezwungen, auch hier etwas auf den Gehalt zu achten. Von Klassenbewußtsein ist bei den überwiegenen Teil der Breslauer Arbeiter sehr wenig zu verspüren. 1924 brüllte sogar der Magistrat der Stadt Breslau die Arbeiter des größten Industriebetriebes am Ort, Zinse-Hofmann, als Lohnbrücker der Arbeiterlosen und wie wissen nicht, seit wann das besser geworden sein soll. Es gibt wohl keine Großstadt in Deutschland außer Breslau, wo sich die Arbeiterbewegung den Kapitalisten, mit Hilfe einiger äußerst beschränkter Gewerkschaftsbeamten, in gleichem Maße ausbeuten läßt. Wie gesagt, zur Metropole der Arbeiterbewegung fehlt den Breslauer noch sehr viel. Wir hoffen, daß es wird, aber dann wird die schwarze-rot-goldene Fahne nicht mehr über dem Gewerkschaftshause wehen, die heute dem Gewerkschaftskongress als Wahrzeichen dient. Forderung die alten roten Farben werden wieder wehen in Hammer und Sichel und Sowjetstern.

Streit der Breslauer Friseurgehilfen

Von der Streitleitung der Friseure wird uns geschrieben: Die Breslauer Friseurgehilfen führen seit Wochen Verhandlungen mit den Arbeitgebern, um einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind, beschaffte sich der Schlichtungsausschuss mit dieser Angelegenheit. Hier glaubten die Arbeitgeber die Existenzberechtigung nur für sich in Anspruch nehmen zu können. Ein gütlicher Ausgleich scheiterte am Nichtwollen der Arbeitgeber. Auch der daraufhin gefällte Schiedspruch, welcher eine Erhöhung der Tariflöhne, welche sich zwischen 15 bis 24 Mark bewegen, um 1,50 Mark vorlag, wurde von ihnen abgelehnt. Inzwischen hat sich die Preisbildung der Artikel des täglichen Bedarfs zu Ungunsten der Arbeiter weiter verschlechtert, und unsere Forderung ist, 4 Mark zu den bisher gezahlten Löhnen zu verlangen. Die erneut stattgefundenen Verhandlungen brachten ebenfalls kein Ergebnis. Die Geduld der Arbeitnehmer mußte nun ein Ende nehmen, und in einzelnen Teilen der Stadt setzte zunächst der Streit ein, welcher in den nächsten Tagen eine weitere Ausdehnung erfahren wird. An der Solidarität der Arbeiter und Angestellten liegt es, wenn dieser Kampf erfolgreich sein soll. Meidet daher die betroffenen Betriebe. Als besonderer Scharfmacher zeigt sich der Geschäftsinhaber Walter Töpfer, Westendstr. 50. Dieser glaubt, durch seine Hege gegen die Organisation die Sporen für einen Balken für den Innungspräsidenten verdienen zu können. Der sich sonst der Rundschaft gegenüber so sozial gebärdende Mann verweigert seinen Angestellten den bis zum Streit verdienten Lohn mit der Begründung, er müsse sich den durch den Streit entstandenen Schäden sichern. Biletsch glaubt dieser Herr durch seine Maßnahme seine nicht in glänzenden Verhältnissen stehenden Angestellten müde zu machen und vom Streit abzuhalten. Besonders bemerkenswert ist, daß sich die Existenz dieses besonderen Exemplars von Scharfmacher zu vier Fünftel auf Arbeiterundschaft aufbaut. Arbeiter, Angestellte, zeigt einer Solidaritätsempfinden, laßt euch in diesem Geschäft nicht bedienen.

Die Streitleitung.

Aus der Provinz

Was geht im Greiffenberger Ortsauschuhvor?

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Am letzten Sonnabend versuchte der Ortsauschuhvorsitzende Willibald Wiersch, welcher auch zugleich Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterversandes ist, seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Der Versuch mißlang; zurzeit liegt er im hiesigen Krankenhaus. Nun schwirren allerorts Gerüchte durch die Stadt. Seine Freunde und Genossen hätten sich in ein merkwürdiges Schweigen, was uns direkt befremdet hat; denn sie wissen doch bestimmt, was ihn zu diesem Schritt getrieben hat. Würde man sich auch in so ein Stillschweigen hüllen, wenn es sich um einen oppositionellen Kollegen handelte? Wie jetzt. Es sei mir an die bedauerlichen Vorgänge des Kollegen Richter-Friedebert erinnert. Und wie lag die Sache bei diesem? Kollege R. bekam durch seine Überzeugung in die dem schwarzen Bunde nirgend Arbeit, und noch dazu war seine Familie durch seine mehrmonatige Haft aus politischen Gründen in großer Not, so daß er sich verleiten ließ, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. O, das war ein gefundenes Fressen für die „Örtliche Volkszeitung“. Sie schmiedete den Kollegen wie jede andere bürgerliche Zeitung in eine gemeine Feinheit. Unter anderem schrieb sie: „Auf einen solchen Führer können die Kommunisten stolz sein“. Auch sie scheint vergessen zu haben, daß Diebstahl aufhört wird, wenn der Arbeiter anständig entlohnt wird. Wie liegt nun der Fall bei ihrem Genossen? Hat da die „Örtliche Volkszeitung“ sich schon zu

Revolutionärer Dant

der entlassenen politischen Gefangenen an die „Rote Hilfe“ und das deutsche Proletariat!

In die Reihen des kämpfenden Proletariats zurückgekehrt, haben wir das tiefe Bedürfnis, Euch und der gesamten deutschen Arbeiterkraft unseren heißen revolutionären Dant für Eure Hilfe zu übermitteln. In den langen Monaten und Jahren unserer Haft war es Eure Solidarität und das hohe Bewußtsein der proletarischen Pflichterfüllung, die uns alle Entbehrungen kühnlich tragen ließen und uns Kraft gaben, in der quälenden Untersuchungshaft, vor den Klassenrichtern und während der Strafhaft unserer revolutionären Überzeugung treu zu bleiben. Aus dem Gefängnis entlassen, werden wir mit unserer ganzen Kraft mithelfen, die revolutionäre Solidarität der „Roten Hilfe“ weiter zu organisieren, bis zur restlosen Freilassung unserer zurückgebliebenen Kameraden.

Arbeiter, Genossen!

Wir erklären, zugleich im Namen unserer zurückgebliebenen Kameraden, diese Hindenburg-Kommunisten ist ein raffinierter bliegender Schwindel!

Die breite Massenbewegung für restlose Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen wird von der reaktionären bürgerlichen Regierung umgewandelt in eine Freilassung der Rechtspolitiker. Sie nutzt die Amnestie aus, um mit größerer Sicherheit den übergroßen Teil der politischen Gefangenen auch weiterhin hinter Kerkermauern halten zu können, um über die gefällten Klassenurteile den Schiefer der Vergessenheit zu breiten und um die Klassenjustiz trotz der Empörung der Arbeiterkraft ungehindert fortsetzen zu können.

Die besten revolutionären Arbeiter, die 1923 während des Zusammenbruchs den Kampf gegen die Reaktion organisierten und mit hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen von der Bourgeoisie zur „Ordnung“ gezwungen wurden, befinden sich fast reiflos noch in den Kerker.

Wir haben unseren zurückbleibenden Genossen versprochen, diesen wahren Sachverhalt der Arbeiterkraft mitzuteilen und dafür zu sorgen, daß der Kampf für die Vollamnestie verstärkt weitergeht und nicht früher ruht, bis der letzte politische Gefangene die Gefängnisse und Zuchthäuser verlassen hat.

Nur durch den Druck der in der „Rote Hilfe“ organisierten Arbeiterkraft war es möglich, die Freilassung eines Teiles der politischen Gefangenen zu erwirken. Es gilt nun, auf diesem begonnenen Wege fortzufahren. Jeder Klassenbewußte Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, muß Mitglied der „Roten-Hilfe“-Organisation werden. Die Sammlung der Unterschriften für die Vollamnestie muß mit verdoppelter Kraft fortgesetzt werden. Die erkrankten Klassenbewußten Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei müssen dafür sorgen, daß die Sabotage ihrer Führer im Kampfe gegen Klassenjustiz und für Vollamnestie gebrochen wird. Die materielle Unterstützung unserer Genossen muß in erhöhtem Maße fortgesetzt werden. Darüber hinaus ist unbedingt notwendig, das persönliche Band zwischen Inhaftierten und der übrigen Arbeiterkraft fester wie bisher zu knüpfen. — In den letzten Tagen und Stunden unserer Haft bewirkten alle Anfragen darauf hin, daß man gegenüber unseren zurückgebliebenen Genossen den Strafvollzug verweigern wolle. Wir brandmarken vor der gesamten Arbeiterkraft die Methoden der Justiz, die mit allen Mitteln geistiger und körperlicher Verletzung den revolutionären Geist der proletarischen Gefangenen zu unterdrücken sucht.

Wir fordern unsere Klassengenossen, die Arbeiter in den Betrieben, alle Werktätigen in Stadt und Land aus, den Kampf gegen die Klassenjustiz für die Vollamnestie fortzuführen. Die proletarischen politischen Gefangenen kämpfen und leiden für die Sache des ganzen Proletariats. Ihr Kampf ist euer Kampf! Der Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen ist ein Teil des Gesamtkampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung.

Sineis in die „Rote-Hilfe“-Organisation!
Daneben mit allen proletarischen politischen Gefangenen!
Nieder mit der Klassenjustiz in Deutschland!

Für die entlassenen politischen Gefangenen des Zentralgefängnisses Rottbus:

Bruno Bannert, Fritz Pries, Alfred Detsner,
Karl Baumgärtel, Erich Senken.

Sämtliche NSB-Mitglieder treffen sich Mittwoch 6.30 Uhr am Kopplatz. Abmarsch 6.40 Uhr. Spielleute mit Schlagzeug treffen sich ebenfalls am Kopplatz.

Achtung! Pol- und Orleiter Breslau

Heute, Dienstag, ab nachmittags 4 Uhr, Plakate abholen beim Genossen Müller, Trebnitzer Straße 50, zur Versammlung des Zentralkomitees der Rußlanddelegation am Donnerstag mit Referat:

der sozialdemokratischen Rußlanddelegierte Freiburger.
Dr- oder Pol-Leiter, die verhindert sind, senden Erlaßmann!

Kommunistischer Jugendverband

Achtung Ortsleiter und Kassierer!

Alle die Ortsgruppen, die für Monat Juli noch nicht abgerechnet haben, müssen dies sofort tun, da von der Zahl der abgerechneten Mitglieder die Zahl der Delegierten auf der Bezirkskonferenz am 27. September in Breslau abhängt. Letzter Termin der 4. September.

Parteiveranstaltungen

- Breslau:
- Bezirk Nordost. Alle Parteigenossen treffen sich Dienstag, 1. 9. abds. 8 Uhr im Bezirksklub (Hilfsstr. 8). Straßenzeitschriften haben für Rosenfest zu sorgen.
- Bezirk Nord. Dienstag haben sich alle Unterleiter beim Genossen Gieseler (Waldstr. 14) einzufinden.
- Bezirk West. Dienstag, 6. 9. vorm. 10 Uhr (Kreuzstr.). Dienstag, 8. 9. abds. 8 Uhr (Hilfsstr. 8). Freitag, 11. 9. abds. 8 Uhr (Kreuzstr.).
- Bezirk Ost. Dienstag, 1. 9. abds. 7.30 Uhr bei Frieder, Paulauerstr. Mitgliederbesprechung, Stellungnahme zu den Kreis- und Provinzialtagungen.

Jung-Spartakus-Bund

- Mittwoch, 2. 9. nachm. 4 Uhr Zusammenkunft an der Minoritenstraße. Mitgliederkarten mitbringen.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau:
- Gruppe Süd. Dienstag, 1. 9. abds. 7 Uhr bei Fentner, Eisenhüttenstr. 41. Außerordentliche Mitgliederbesprechung. Erscheinen aller ist Pflicht.
- Gruppe Nord. Alle Kameraden haben Dienstag, 1. 9. abds. 8 Uhr im Bezirkklub (Hilfsstr. 8) zu erscheinen. Alle Gruppenführer haben für Rosenfest zu sorgen.
- Roter Jungklub. Dienstag, 1. 9. abds. 8 Uhr im „Roten Bären“. Kasse für Mitgliederbesprechung der gesamten Ortsgruppe. Alle sind, laden aus. (Sagantstr. 11).
- Gruppe West. Dienstag, 1. 9. abds. 7 Uhr bei Frieder am dem Friedensplatz. (Hilfsstr. 11) zur die Gegenüber ist mitzubringen.
- Sonntag, 6. 9. morgens 6.30 Uhr Auftreten am Friedensplatz zur Fahrt nach Sagan. (Sagantstr. 11). (Sagantstr. 11).
- Freitag, 1. 9. abds. 7 Uhr bei Frieder am dem Friedensplatz. (Hilfsstr. 11).
- Sämtliche Spielleute zur Generalprobe am Donnerstag, 3. 9. abds. präzis 6.30 Uhr am Lokal (Hilfsstr. 8). (Sagantstr. 11).
- Bezirk West. Freitag, 1. 9. abds. 7.30 Uhr. (Sagantstr. 11). (Sagantstr. 11).

Berjammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Bezirk Süd. Alle Amnestieinteressen, ab voll ab. baldmöglichst und sofort einbringen an die Rote Hilfe, Breslau 1, am Rathaus 7 einbringen.

Aus der Geschäftswelt

Was ein einzelnes Jahr vermag! Am 1. September 1925 begann die Einführungsarbeit für die neue Feinsofmmargarin „Schwan im Blauband“, welche sich infolge ihrer vorzüglichen Qualität, ihres herrlichen Aromas und des billigen Preises die Gunst der Hausfrauen im Sturm eroberte und bei ihnen begeistert Aufnahme fand. Vöngst war sie regelmäßig in den meisten Haushaltungen verbraucht. Ein Beweis, welcher dringendes Bedürfnis für einen wirklich guten und doch billigen Butterersatz bestand! Die wenigen Hausfrauen, welche „Schwan im Blauband“ noch nicht kennen, werden damit, mit einem Bockel nicht länger zu zögern und sich die damit verknüpfte Freude zu klären!
Man beachte die Inserate von „Schwan im Blauband“.

Arbeiterport

Achtung! Arbeiterportler!

Der 1. Bezirk des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands veranstaltet, wie alljährlich, seinen Stafettenlauf. Diesmal am 13. September 1925 vormittags 10 Uhr auf der Straße quer durch Breslau. Gelassen wird folgende Strecke: Start Frankfurtstraße 104, Krausfurter Straße, Mienstraße, Wachtplatz, Königsplatz, Mitofantstadtgraben, Schweidnitzer Stadtgraben, Ohlauer Stadtgraben, Rißerstraße, Mauritiusplatz, Margaretenstraße. Ziel ist Hauptingang des Gewerkschaftshauses, Mannschafstürke 25 Mann. Der Lauf ist offen für alle Arbeiter-Sportvereine. Meldeschluß 9. September. Meldungen sind an den Sportkollegen Wilhelm Mende, Pevaldstraße 14, zu senden. Aufstellungslisten werden jeder Abteilung und einzelnen Vereinen zugesandt. Um eine rege Propaganda in der Öffentlichkeit zu erzielen im Interesse unserer Arbeiter-Sportbewegung ist es Pflicht einer jeden Abteilung sowie Vereins, sich an der Stafette zu beteiligen, um auch die fernstehenden Genossen für unsere Arbeiter-Sportbewegung zu gewinnen. Viel Heil!

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland, 1. Bezirk Breslau.

Die nächste Bezirksführung findet am 6. September, vormittags 9 Uhr, bei Sportklub „Beisenfeld“, Matthiasstraße 182, statt. Meldeschluß zum Kreisfest am 6. September 1925. Freilassung, den 4. September, abends 6 Uhr, treffen wir uns zum Ungau der Gewerkschaftler in der Schule auf der Brunnenstraße. Kleidung ist schwarzes Salbitrot.

Sozialdemokrat Freiburger

brüde in Sowjetrußland — Dr- und Polleiter müssen heute nachmittags 4 Uhr Plakate abholen

spricht Donnerstag 7.30 Uhr im „Bergteller“ über seine Ein-

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Klassenbewußt oder revolutionär? Einigen unzufriedenen Genossen zum Nachdenken:

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen die Artikel der beiden Genossen ungekürzt und unverändert, trotzdem im Artikel von A. K. eine Reihe Entgleisungen vorhanden sind und der entscheidende Teil fehlt. Der Genosse im zweiten Aufsatz sucht das nachzuholen.

Klassenbewußt oder revolutionär sein, gibt es zwischen den beiden Begriffen einen Unterschied? Es ist nicht selten, daß diese zwei Begriffe als ein und dasselbe bezeichnet werden. Viele unserer Kumpels sind der Meinung, daß, wenn ein Mensch Klassenbewußtsein in sich trägt, man ihn zugleich auch als revolutionär bezeichnen kann. Daß dieser Gedanke auf einer falschen Basis ruht, will ich durch einige Beispiele beweisen. Stresemann, Jarres, Schiele, Westarp! Sind sie gleichzeitig revolutionär? Kein Mensch wird dieses behaupten wollen. Sollte wirklich einer die Kühnheit dazu besitzen, Stresemann als Revolutionär zu beschuldigen, so würde man ihn eventuell wegen Beleidigung unter Anklage stellen, denn alles, was diese Herren im Interesse des Volkes taten, war reaktionär und konterrevolutionär. Sie sind Klassenbewußte Politiker. Auch hier wird kein Mensch das Gegenteil behaupten, denn sie sind sehr praktische Leute, die sehr genau wissen, worauf es für ihre Klasse ankommt, um sie vor Nachteilen zu bewahren.

Sind die Führer der SPD revolutionär? Diese Frage zu beantworten, ist genau so leicht wie die erste. Sie haben die Unruhkämpfe 1919 abgewagt, das Bielerfelder Abkommen, die 10 Punkte des ADGB sind bei ihnen in Vergessenheit geraten. Also von „revolutionär“ kann hier nicht gesprochen werden.

Aber Klassenbewußtsein haben sie, sonst würden sie nicht Forderungen formulieren, wie die oben gezeigten. Sie wissen also sehr genau, was das Gebot der Stunde ist, nur der Wille und die Initiative zur Durchführung fehlt ihnen.

An diesen Beispielen ist zu ersehen, daß revolutionär und Klassenbewußtsein kein einheitlicher Begriff ist. Es kann ein Mensch Klassenbewußt sein, seine Handlungen aber reaktionär.

Gibt es Revolutionäre ohne Klassenbewußtsein? Auch dazu einige Beispiele. Die Aufrufung der Arbeiterklasse zu einer etwas Revolutionäres an sich. Sie verlangen vom Staat ihre verloren gegangenen Gelder ersetzt, vergessen dabei aber ganz und gar, daß diese Frage eine politische Machfrage ist, die durch das Parlament nicht entschieden werden kann. Was ihnen aber fehlt, das ist das Bewußtsein, daß unsere heutige Gesellschaftsordnung mit ihren Begleiterscheinungen (Wirtschafts-anarchie) es bedingt, daß das kleine Bürgertum in die proletarische Klasse gestoben wird.

Auch die Arbeiterklasse ist zum Teil nur instinktiv revolutionär, ohne Klassenbewußtsein. Als im Oktober 1923 die lang ersehnte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht erfolgte, so verfielen sie entweder in das andere Extrem oder wiegen sich im Indifferentismus. Bei den Wahlen konnte dieses noch besser festgestellt werden. Weil ihnen der Reichstag oder Landtag nicht das brachte, was ihrem instinktiven revolutionären Willen entsprach, so gingen sie überhaupt nicht zur Wahl, ohne sich dessen bewußt zu werden, daß sie dadurch nur der Reaktion halfen.

Was haben nun die zwei Begriffe miteinander zu tun?

Wie muß die Arbeiterklasse sein, wenn sie ihrer geschichtlichen Mission (Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht) erfüllen will? Sie muß erstens Klassenbewußt sein, um zu erkennen, daß wir als Klasse auch existenzberechtigt sind; ferner, daß wir gezwungen sind, zur Führung des Kampfes uns gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Zusammengefaßt: wir müssen uns frei machen von der kapitalistischen bürgerlichen Ideologie. Zweitens, die Arbeiterklasse muß revolutionär sein und den Willen haben, das, was sie für richtig hält, ohne Rücksicht auf sich und andere auch durchzuführen.

Wenn bei jedem Proletarier Klassenbewußtsein und revolutionärer Wille vorhanden sein wird, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein. A. K.

Zu dem Aufsatz:

„Klassenbewußt oder revolutionär, gibt es einen Unterschied?“

Im gewöhnlichen Sprachgebrauch der Arbeiterschaft gibt es keinen Unterschied zwischen den Begriffen „Klassenbewußt“ und „revolutionär“. Diese zwei Begriffe werden identifiziert.

Es ist aber richtig, daß diese zwei Wörter an sich zwei verschiedene Begriffe verkörpern. Mit Recht sagt der Verfasser, daß die Angehörigen der Bourgeoisie Klassenbewußt sein können, doch sind sie nicht revolutionär, sondern reaktionär.

Die Behauptung des Verfassers, die SPD sei Klassenbewußt, klingt fast absurd, und doch sind die Beispiele, die er in seiner Analyse zum Beweis dieser Behauptung liefert, streng logisch aufgebaut. Wo ist hier der Fehler zu suchen? Zum Beispiel jeder „gebildete“ Kommunist weiß, was im gegebenen Moment im Interesse des Proletariats notwendig ist, weiß aber ebensogut, was in derselben Zeit im Interesse der Bourgeoisie notwendig ist. Also kann man sagen, er besitzt ein doppeltes Klassenbewußtsein. Zu dieser absurden Schlussfolgerung kommt man, wenn man vergißt, daß die Menschen nicht bloß durch den Verstand, sondern auch durch den Instinkt gelenkt werden. Mit dem Verstand weiß die SPD, was zu gegebener Zeit im Interesse des Proletariats liegt. Instinktiv rührt sie sich aber als Angehörige der besitzenden Klasse, ist also Klassenbewußt als Partei der Bourgeoisie. Allerdings müßte man hier die Analyse weiter ziehen und sagen, daß dieses nur für die Führer der SPD zutrifft. Die breite Mitgliedschaft der SPD fühlt sich trotz und trotz allem als Glied der proletarischen Klasse.

Die Analyse in ihrer Fortführung läuft auf eine Haarspaltereie aus.

Der Schlusssatz: „Wenn bei jedem Proletarier Klassenbewußtsein und revolutionärer Wille sich paart, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein“, klingt, als sei er von einem Reformisten geschrieben. Der Verfasser hat hier vollständig vergessen, von der Rolle der Kommunistischen Partei zu sprechen. Ein Klassenbewußtes und revolutionäres Proletariat kann ohne die Kommunistische Partei nicht die Macht an sich reißen. Ja, ein Klassenbewußtes und revolutionäres Proletariat ohne Kommunistische Partei ist nicht denkbar.

Die Arbeiterklasse darf stets ungeschont der Wahrheit, auch der bittersten Selbstbezüglichung ins Antlitz blicken, denn ihre Schwäche ist nur eine Verirrung und das strenge Gesetz der Geschichte gibt ihr die Kraft zurück, verbringt ihren Sieg. Die schonungslose Selbstkritik ist nicht bloß das Daseinsrecht, sie ist auch die oberste Pflicht der Arbeiterklasse.“ (Rosa Luxemburg in: „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Julius-Broschüre) Ausgabe „Rote Fahne“ 1919, Seite 4.)

Und der „Bergwacht“ zur Antwort:

„Keine andere Partei, keine andere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft darf die eigenen Fehler die eigenen Schwächen im klaren Spiegel der Kritik vor aller Welt zeigen, denn der Spiegel wirkt ihr zugleich die vor ihr stehende geschichtliche Schranke und das hinter ihr stehende geschichtliche Verhängnis zurück.“ (Rosa Luxemburg ebenda.)

Ueber Körperschaftsdisziplin

In einer Sitzung der BL wurde mit allen gegen eine Stimme ein Beschluß gefaßt, der eine sehr wichtige Frage betraf. Der eine Genosse hat, nachdem er sich in der Diskussion verzweifelt gegen den Beschluß gewehrt hat, in der Abstimmung dagegen gestimmt. Es entstand nun die Frage, wer die Ausführung des Beschlusses übernehmen soll und es wurde von einem Genossen ein Antrag eingebracht, der verlangte, daß man die Durchführung des Beschlusses dem Genossen übertragen soll, der gegen den Beschluß gestimmt hat. Dieser Beschluß wurde wiederum gegen die Stimme desselben Genossen gefaßt. Zwei Tage darauf ging der betreffende Genosse in den Bezirk und versuchte mit aller Leidenschaft, den Beschluß der Bezirksleitung, bei den in Frage kommenden Genossen durchzuboxen. Wenn ein Uueingeweihter zugesellen hätte, wie überzeugend der Genosse von der Notwendigkeit des Beschlusses, den die BL gefaßt hat und gegen den er gestimmt hat, vor den Funktionären sprach, so hätte man glauben müssen, der Genosse ist durchaus von der Richtigkeit des Beschlusses überzeugt. In Wirklichkeit hat der Genosse gegen seine eigene Ueberzeugung diesen Beschluß vor den Funktionären vertreten.

Einige Genossen besonders werden sagen, daß das eine Charakterlosigkeit des Genossen ist, der gegen seine innere Ueberzeugung etwas vertritt. Andere werden brüllen, er ist durch die Diktatur, die in der Partei herrscht, vergewaltigt worden und er fügt sich, so schwer es auch fällt. Keines von beiden trifft zu. Es gibt in der Partei ein Wort, das Körperschaftsdisziplin heißt. Was heißt das, Körperschaftsdisziplin? Das bedeutet: ein geschlossenes Auftreten der Körperschaft in irgendeiner Frage, wenn zu derselben ein Beschluß der Körperschaft vorliegt. Wir werden versuchen, das an einem Beispiel klar zu machen:

Eine Unterbezirksleitung z. B. bestehend aus — sagen wir — 15 Mann. In der Sitzung dieser Leitung liegt ein Antrag auf Veranstaltung einer Demonstration vor. Nach einer leidenschaftlichen Diskussion wird der Antrag mit acht gegen sieben Stimmen angenommen. In den meisten Fällen ist es nun so, daß diese UB. in zwei Gruppen gespalten vor die Funktionäre des UB. geht und jede Gruppe nun ihre Meinung zu der Frage der Demonstration vertritt. Ist das richtig? Nein, das ist ganz falsch und auf die Dauer wird das ein unhaltbarer Zustand. Die Funktionäre des UB. sagen sich, bei einem solchen Streit: na, wenn die unter sich selbst nicht einig sind, dann kann natürlich nichts Vernünftiges werden. Sie werden mißmutig und inaktiv. Wenn aber geschlossen für die UB. ein Genosse einen Vorschlag macht und ihn begründet und die UB. tritt einheitlich auf, da werden die Genossen viel mehr Lust und Liebe zur Arbeit zeigen.

Wenn ein Genosse in irgendeiner Körperschaft einen Antrag einbringt, so ist er, solange nicht über ihn abgestimmt ist, seine private Meinung und in der Diskussion, die im Rahmen dieser Körperschaft geführt wird, steht es jedem Genossen frei, seine Meinung darüber zu äußern. Aber in dem Augenblick, wenn dieser Antrag — wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit — zum Beschluß erhoben wird, dann hört er auf, private Meinung dieses oder jenes Genossen zu sein. Er wird Parteibeschuß und alle Genossen, die in der Körperschaft für oder gegen diesen Beschluß gestimmt haben, haben sich ihm zu unterwerfen und außerhalb des Rahmens dieser Körperschaft diesen Beschluß zu verteidigen. Das ist der Sinn des Wortes Körperschaftsdisziplin.

Wer kann Mitglied der Kommunistischen Partei sein?

„Dieses Uebel (nach Martowschem Muster jeden in die Partei aufzunehmen) besteht darin, daß wir außerordentlich schwer oder fast überhaupt nicht die Schwätzer von den aktiv Arbeitenden abgrenzen können.“ (Lenin in der Rede zum Organisationsstatut am 2. Parteitag der RSDAP, August 1913.)

Auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ist ein neues Parteistatut angenommen worden, was sich von dem bisherigen für die Partei gültigen Statutes wesentlich unterscheidet. Der § 2 des Statuts behandelt die Frage, wer denn eigentlich Mitglied unserer Partei sein darf. Die neue Formulierung leitet sich im Wesentlichen an die, die der Genosse Lenin auf dem 2. Kongreß der Bolschewiki gegenüber Martow durchgefochten hat. Der § 2 des Statuts lautet:

„Mitglied der Partei kann sein, wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden Organisation der Partei, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern und der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.“

Wollte man diesen Absatz des Statuts in Schlesien wirklich scharf anwenden, so müßte man feststellen, daß 80 Prozent unserer Mitglieder nicht in der Kommunistischen Partei bleiben können. Warum nicht, werden viele Genossen fragen? Wir erkennen doch Programm und Statuten an, gehören einer Zelle als grundlegenden Organisation der Partei an und unterordnen uns allen Beschlüssen und zahlen regelmäßig einen Monat im

voraus die Beiträge, warum sollten wir dann nicht Mitglieder der Partei sein? Ja, das Anerkennen des Programms und der Statuten, die Unterordnung unter die Beschlüsse, das pünktliche Zahlen von Beiträgen genügt nicht, um Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein, sondern dazu gehört auch, daß man sich aktiv in der Kommunistischen Partei betätigt, das heißt an allen Fragen, die die Partei betreffen, am ganzen Leben der Partei aktiv teilnehmen muß. Ein Mitglied unserer Partei, das alle Bedingungen des Statuts erfüllt, auch pünktlich meinetwegs doppelte Beiträge bezahlt, auf alle Beschlüsse und Parteistatuten schwört, wenn es aber Tag um Tag hinter dem Ofen sitzt, nicht aktiv am Leben der Partei beteiligt ist, sondern andere für sich arbeiten läßt, das Mitglied ist kein Kommunist.

Um der Formulierung willen:

„Wer sich in dieser aktiv betätigt gegenüber Martow, der dafür die Worte: „unter Kontrolle und Leitung der Partei arbeiten“ ins Parteistatut hineinschmuggeln wollte“

hat Lenin die Organisation gespalten. Das war notwendig, weil, wie er sagt:

„Die Wahrung der festen Linie und der Reinheit der Prinzipien gerade jetzt zu einer um so dringenderen Sache wird, da die Partei in ihren Reihen sehr viel schwankende Elemente aufnehmen wird, deren Anzahl mit dem Wachstum der Partei zunehmen wird.“

Unsere Genossen aber, die zu 80 Prozent sich nicht aktiv an der Parteiarbeit beteiligen, sollen für die Zukunft eingehend den § 2 unseres Statuts studieren, die Passivität von sich abstreifen und zu wirklichen vollwertigen Bolschewisten werden.

100 Proz. Beteiligung war notwendig

Die Amnestie-Unterschriftensammlung im Bezirk hat ergeben, daß sich nur die Hälfte unserer eingeschriebenen Mitglieder an der Kampagne beteiligt haben. Ja, es muß festgestellt werden, daß nur etwas mehr wie die Hälfte unserer Genossen und Genossinnen die Listen selbst unterzeichnet haben. Und das in einer Kampagne, die wohl von einer überparteilichen Organisation — der Roten Hilfe — geführt wurde, deren Träger aber in allen Orten nur die Kommunisten waren. Wenn trotzdem unser Resultat von zirka 30 000 schlesischen Unterschriften noch nicht so schlecht ist, so ist das der rührigen Arbeit der einen aktiven Hälfte Kommunisten und einzelnen Parteiloseren wie Sozialdemokraten zu verdanken.

Als Abschluß dieser Unterschriftenkampagne können wir also buchen, daß die Hälfte unserer Mitglieder Papierrevolutionäre sind. Manche Genossen werden sagen: „Sei doch froh, bei der SPD, z. B. kommen auf einen rührigen Sozialdemokraten mindestens zehn Papiersoldaten.“ Dennoch, diese Genossen begreifen schon nicht den § 1 unseres Statuts: „Mitglied der KPD kann nur der sein, der aktiv tätig ist.“ Wir sind die Geburtshelfer einer neuen Gesellschaftsordnung. Wie können wir aber dem Neuen zum Leben verhelfen, wenn wir selbst in unseren Reihen einen leblosen Ballast herumschleppen? Wir haben also aus jeder zweiten Nieme in unseren Reihen einen Kämpfer zu machen. Wie geschieht das? Indem wir jedem Papierkommunisten Aufgaben zuweisen, die er zu erfüllen hat. Zuerst werden natürlich kleine Aufgaben gestellt. Sind diese erfüllt, dann werden langsam die Funktionen übertragen, die der Intelligenz des Mitgliedes entspricht. Die Methode mancher Ortsgruppen-Pol-Leiter, einem Papierkommunisten gleich einen ganzen Berg von Arbeiten zu übertragen, wird in 99 von 100 Fällen keine Erfolge zeitigen.

Was hat den § 1 unseres Statuts für einen Zweck, wenn er auf dem Papier steht? Unsere aktiven Genossen haben sich darüber klar zu werden, daß wir unsere Ziele unter geringen Opfern erreichen werden, wenn wir es verstehen, unsere gesamte Mitgliedschaft aktiv zu machen. Wenn wir diese Lehren aus der Amnestieunterschriftensammlung ziehen, sind wir wieder einen Schritt weiter. Rud. I.

Briefkasten

Kotzenau, Referent für angeordnete Versammlung wird noch mitgeteilt.

An eine ganze Reihe von Ortsgruppen:

1. Immer genau angeben, wann und wo die Versammlung stattfindet.
2. Man kann in der Partei keine Ultimata, weder von vier Tagen noch in anderer Form, stellen.
3. Kategorisch und ultimativ spricht man mit dem Gegner. In der Partei sind nur Kameraden und Kampfgenossen. Wer anders als kameradschaftlich handelt und spricht, ist nur ein Parteimitglied, das noch sehr viel lernen muß, um Kommunist zu sein.

„Hoppe. Artikel zu lang, kürzer formulieren, einseitig mit Tinte schreiben. Artikel erscheint nicht. Schreibe einen Artikel: „Wie organisiere ich eine Gewerkschaftsfraktion.“